



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Ulrich Blum
Editorial

Udo Ludwig
Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wachstumspause zum Jahresauftakt

Arbeitskreis Konjunktur
Konjunktur aktuell:
Nach Wachstumsdelle Anfang 2007
deutsche Wirtschaft weiter im Aufschwung

Eva Reinowski, Jan Sauermann
Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die
Weiterbildung geringqualifizierter Personen

Cornelia Lang
IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland
zum Jahresauftakt 2007:
Auftriebskräfte behalten die Oberhand

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im Februar 2007

Wirtschaft im Wandel

3/2007

28.03.2007, 13. Jahrgang



Editorial

„Konsumentensozialismus“ nannte ein führender Industrievertreter die Soziale Marktwirtschaft, als Ludwig Erhard sie Ende der vierziger Jahre einführte. Vielen erschien es absolut undenkbar, dem Bürger die Wahlentscheidung über den Kauf der Güter zu überlassen. Dabei ist Konsumentensouveränität das ökonomische Pendant zur Demokratie. Dieses Ideal wurde – trotz des steten Bemühens seit Erhard – bis heute nicht erreicht; deshalb muß man den Riß, der durch die Wirtschaft verläuft, und marktwirtschaftlichen Teilen zur Blüte, staatswirtschaftlichen zu ständigen Defiziten verhilft, anprangern. Zu oft schreibt der paternalistische Staat den Bürgern ihr vermeintliches Glück vor und schwächt so die eigentlich gewollte liberale Legitimität und die ordnende Kraft des Markts.

Thema Kinderbetreuung: Angesichts der demographischen Implosion benötigen wir mehr Hochqualifizierte am Arbeitsmarkt, also auch eine Verstärkung der Partizipation von Frauen. Frei nach Adam Smith, der die wohlfahrtserhöhenden Wirkungen der Arbeitsteilung ausgiebig beschrieb, lohnt sich das „Outsourcen“ der Kinderbetreuung genau dann, wenn ein Wohlstandseffekt verbleibt – bei Anbietern wie bei Nachfragern, der vor allem bei den Eltern nicht nur in Geld zu messen ist. Der Staat sollte Mindeststandards setzen. Im Wettbewerb würde sich entscheiden welche Betreuungsangebote für Kleine und Kleinste notwendig sind und wer es vorzieht, seine Erziehungsaufgabe selbst wahrzunehmen.

Wenn bei niedrigen Einkommen diese Arbeitsteilung ökonomisch nicht sinnvoll ist, kann sie es aber aus sozialpolitischen Gründen sein. Dann soll der Staat die Familie durch entsprechende Transfers ertüchtigen, ihr aber ihre Wahlfreiheit lassen, um den Wettbewerb der Anbieter nicht zu zerstören. Familien die Fähigkeit abzusprechen, ihr Geld sinnvoll auszugeben, geht an die Grenze des Demokratieverständnisses, das die Wähler nicht nach sozialer Herkunft oder Ausbildungsabschluß einteilt. Weiterhin wird von vielen Fachleuten die frühkindliche Betreuung als entscheidend für die positive Persönlichkeitsentwicklung und spätere intellektuelle Kompetenzen erachtet. Auch hier setzt man Anreize am besten mit Transfers, die in der Familie eine Wahlfreiheit ermöglichen. Wenn die Sozialpolitiker skeptisch sind: warum probieren Sie die Marktlösung nicht regional abgegrenzt aus?

Oder geht es um etwas anderes? In Deutschland existiert praktisch kein Bezug zwischen der Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen und Geburtenraten. Vielleicht sind andere Dinge viel wichtiger, beispielsweise positive Umfeldfaktoren für individuelle Lebensentwürfe – man sollte darüber nachdenken.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*

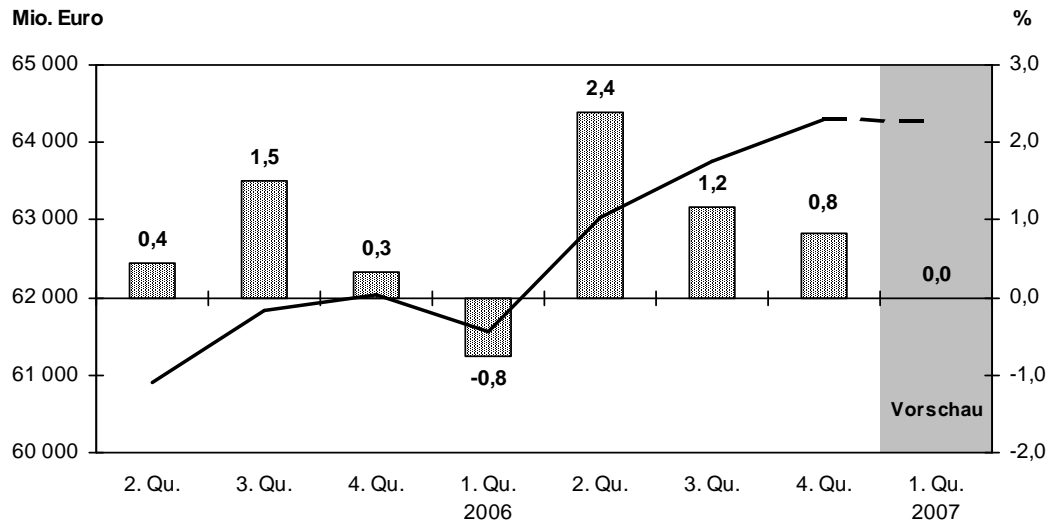
Aktuelle Trends

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland*

Wachstumspause zum Jahresauftakt

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

– Verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 3. März 2007.

Nach einer neuen Schätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle ist das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern im vergangenen Jahr um rund 3% gestiegen. Der Zuwachs ist größer als bislang von der amtlichen Statistik gemeldet worden ist, und er übertrifft alle Prognosen deutlich.

Der vom Export und den Investitionen getriebene Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat im vergangenen Jahr das Verarbeitende Gewerbe von der Ostsee bis zum Erzgebirge und den Thüringer Wald zu hohen Produktionsleistungen angespornt. Die industrielle Wertschöpfung erhöhte sich in den ostdeutschen Flächenländern erneut etwa doppelt so stark wie in den alten Bundesländern. Ihr Zuwachs fiel diesmal mit knapp 12% sehr hoch aus. Dies war der Hauptgrund für das kräftige Wachstum der Produktion insgesamt. Hinzu kam die ausgebliebene Bremswirkung vom Bau. Die Wertschöpfung im Baugewerbe sank nicht – wie in den zehn Jahren davor –, sondern stieg dank der großen, von Sonderfaktoren begünstigten Nachfrage der privaten Investoren an Wirtschafts- und Wohnbauten um reichlich 4%. Kräftige Zuwächse kamen auch aus dem unternehmensnahen Dienstleistungsbereich, wohingegen der Handel und die personennahen Dienstleister wegen der schwachen Kaufkraft der privaten Haushalte nur wenig zulegten.

Für die ersten Monate dieses Jahres signalisieren die Indikatoren eine Wachstumspause. Der befürchtete Einbruch der Produktion dürfte jedoch ausbleiben. Zwar zeigt die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer Wirkung im Kaufverhalten der privaten Haushalte, der Kaufkraftverlust wird jedoch durch günstigere Entwicklungen vor allem im Bereich der Energiepreise gemildert. Hinzu kommt die anhaltend milde Witterung, die eine Fortsetzung der wetterabhängigen Arbeiten in den Wintermonaten erlaubt. So schätzen die Bauunternehmen die aktuelle Geschäftslage gleichbleibend gut ein. Die Industrieunternehmen meldeten zu Jahresbeginn erneut eine Verbesserung. Zudem hat sich die Lage am Arbeitsmarkt bislang nicht verschlechtert.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),
Franziska Exß (Franziska.Exss@iwh-halle.de)

* Alle Basiswerte zur Berechnung des Konjunkturbarometers wurden nach der Überarbeitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungsdaten durch den Arbeitskreis der Statistischen Landesämter für die zurückliegenden Jahre angepaßt. Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe IWH, *Wirtschaft im Wandel* 16/2003, S. 471 f.

Konjunktur aktuell: Nach Wachstumsdelle Anfang 2007 deutsche Wirtschaft weiter im Aufschwung*

– Kurzfassung –

Ende Februar sind die internationalen Finanzmärkte in Turbulenzen geraten. Eine gemischte Nachrichtenlage hat zu einer Korrektur der seit dem vergangenen Sommer außerordentlich günstigen Marktentwicklung geführt. Der Aktienboom schien bis dato durch die weltweit weiterhin günstige Gewinnentwicklung gedeckt. Dem entsprach auch die kräftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Japan und im Euroraum gegen Jahresende. Jedoch scheint sich der moderate Abschwung der US-Wirtschaft in diesem Jahr fortzusetzen. Auch deshalb ist damit zu rechnen, daß die Kursgewinne in diesem Jahr wesentlich bescheidener und die Risikoaufschläge für riskantere Anlagen höher ausfallen werden als im vergangenen Jahr.

Von der Geldpolitik gehen in diesem Jahr keine einheitlichen Einflüsse aus. In den USA werden die Zinsen aufgrund der schleppenden Konjunktur ab dem Sommer wohl etwas gesenkt. Im Euroraum wird der geldpolitische Kurs dagegen im Sommer wohl noch einmal leicht verschärft. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern wieder etwas angleichen: Der Aufschwung im Euroraum und in Japan verlangsamt sich, die US-Wirtschaft gewinnt gegen Jahresende wieder etwas an Fahrt.

Ein wesentlicher Risikofaktor für die Prognose bleibt die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten: Der jüngste weltwirtschaftliche Aufschwung hat sich auch dadurch ausgezeichnet, daß selbst risikoreiche Investitionen zu relativ günstigen Konditionen finanziert werden konnten. Eine wesentliche Ursache dafür dürften Finanzinnovationen sein, die den Kapitalgebern eine Diversifizierung ihrer Risiken ermöglichten. Wie leistungsfähig diese Instrumente auch in Zeiten wieder erhöhter Finanzmarktvolatilität sind, muß sich aber noch erweisen.

In Deutschland hat unter den immer noch konjunkturfrendlichen Bedingungen im weltwirtschaftlichen und monetären Umfeld der Zugriff der Steuerpolitik zu Beginn des Jahres lediglich zu einer Delle im Zuwachs und nicht – wie ursprünglich prognostiziert – zu einem vorübergehenden Rückgang der Produktion geführt. Die privaten Haushalte haben

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2007 und 2008

	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,8	1,0	1,6
Staatskonsum	1,8	0,9	0,8
Anlageinvestitionen	5,6	3,0	3,6
Ausrüstungen	7,3	5,0	5,8
Bauten	4,2	1,2	1,9
Sonstige Anlagen	5,9	4,5	4,0
Inländische Verwendung	1,6	1,5	2,2
Exporte	12,5	8,4	8,3
Importe	11,1	7,8	8,7
Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,0	2,5
dar.: Ostdeutschland*	3,0	2,3	3,0
Nachrichtlich: USA	3,3	2,4	2,9
Euroraum	2,6	2,4	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	0,9	0,3
Tariflöhne je Stunde	1,1	2,1	2,5
Effektivlöhne je Stunde	0,3	1,3	2,3
Lohnstückkosten ^a	-1,8	-0,3	0,1
Verbraucherpreisindex	1,7	1,7	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 106	39 515	39 685
Westdeutschland**	33 481	33 885	34 045
Ostdeutschland*	5 625	5 630	5 640
Arbeitslose ^c	4 487	3 795	3 540
Westdeutschland**	3 300	2 675	2 468
Ostdeutschland*	1 187	1 120	1 072
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	8,8	8,2
Westdeutschland**	9,0	7,3	6,8
Ostdeutschland*	17,4	16,6	15,9
Finanzierungssaldo des Staates	-1,7	-0,9	-0,6

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 14. März 2007).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 12/2007 am 14. März 2007 veröffentlicht.

zwar mit einer Einschränkung ihrer Käufe reagiert, Exporteure und Investoren haben aber ihre Aktivitäten ausgedehnt. Expandierende Weltmärkte und weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten, die gestiegene Ausstattung der Unternehmen mit Eigenmitteln sowie die bis zum Jahresende geltenden Abschreibungs-erleichterungen bei der Anschaffung beweglicher Anlagegüter werden die Produktionsaktivitäten auch im weiteren Verlauf des Jahres anregen. Zudem werden sich die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte infolge der Besserung der Lage am Arbeitsmarkt aufhellen. Das IWH geht von einer dauerhaften Anhebung der Tariflöhne in der laufenden Lohnrunde von unter 3½ Prozent aus. Der Beschäftigungsaufbau dürfte nicht in Gefahr geraten. Das bislang schwache Glied in der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, der private Konsum, schließt damit weiter auf, und der Aufschwung selbst gewinnt an Breite und Stärke.

Im kommenden Jahr gehen zwar die Impulse von der Geldpolitik nach dem Erreichen des konjunkturneutralen Zinses zurück, und die Nachfrage auf den Weltmärkten beschleunigt sich nicht weiter. In Deutschland fallen jedoch belastende Faktoren weg, so daß sich die endogenen Triebkräfte stärker entfalten können. Das Bruttoinlandsprodukt nimmt in diesem Jahr um 2% und im nächsten um 2,5% zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit sinkt im nächsten Jahr auf 3,5 Millionen Personen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,2%.

In Ostdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in beiden Jahren schneller zunehmen als im Westen. Ausschlaggebend ist das anhaltend doppelt so starke Wachstum der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Hinzu kommt die deutlich nachlassende Bremswirkung vom Baugewerbe, für das die Trendwende nach zehn Jahren schrumpfender Produktionsleistung in Sicht ist.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich deutlich verbessert: die Defizitquote wird 2007 bei 0,9% und 2008 sogar nur bei 0,6% liegen. Ein wesentlicher Teil des Sanierungserfolgs ist allein konjunkturell bedingt und droht, in künftigen konjunkturellen Schwächephase ebenso schnell wieder zu verschwinden. Für eine strukturelle Verbesserung der Einnahmensituation des Staates sorgt vor allem die Mehrwertsteuererhöhung. Um ein strukturell ausgeglichenes Budget zu erreichen, bleiben weitere Sanierungsanstrengungen notwendig.

Nach dem jüngsten Beschluß der EZB liegt der maßgebliche Leitzins bei 3,75% und damit nahe dem Niveau, das dem konjunktur- und inflationsneutralen Realzins entspricht. Aufgrund der hier prognostizierten Verlangsamung des Aufschwungs im Euroraum bei stabilen Inflationserwartungen, die mit Preisniveaustabilität vereinbar sind, ist eine Weiterführung des neutralen geldpolitischen Kurses angemessen.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 74)

Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die Weiterbildung geringqualifizierter Personen

– Kurzfassung –

Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wurde der Einsatz von befristeten Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland seit den 1980ern vereinfacht. Als Folge dieser Vereinfachungen nimmt die Bedeutung dieser Beschäftigungsform als Instrument zur Flexibilisierung der Arbeitsnachfrage gerade bei geringqualifiziert Beschäftigten zu. Obwohl die Möglichkeit von Befristungen Chancen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eröffnen, wird oft argumentiert, daß befristete Beschäftigungsverhältnisse eine Art „Sackgasse“ darstellen oder auch mit geringeren Investitionen in berufliche Weiterbildung verbunden sind.

In diesem Beitrag wird daher untersucht, welchen Einfluß befristete Arbeitsverträge auf die Be-

teiligung an beruflicher Weiterbildung geringqualifiziert beschäftigter Personen hat. Würden solche Humankapitalinvestitionen negativ beeinflusst, hätte das für geringqualifizierte Personen besonders negative Auswirkungen, da sich ihre ohnehin problematische Stellung auf dem Arbeitsmarkt langfristig weiter verschlechtern würde.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß die Befristung keinen Einfluß auf die Teilnahme geringqualifiziert Beschäftigter an beruflicher Weiterbildung hat. Eine andere Form atypischer Beschäftigung – Teilzeitbeschäftigung – verringert dagegen die Weiterbildungsbeteiligung.

Eva Reinowski, Jan Sauer mann (Seite 83)

Konjunktur aktuell: Nach Wachstumsdelle Anfang 2007 deutsche Wirtschaft weiter im Aufschwung*

Weltwirtschaft

Vorübergehende Verunsicherung auf den Weltfinanzmärkten

Ende Februar sind die internationalen Finanzmärkte in Turbulenzen geraten: Nach einem Einbruch des Aktienmarktes in Shanghai gaben die wichtigsten Indizes in den Industrieländern stark nach; so der Leitindex für den Euroraum, der EuroStoxx 50, innerhalb einer Woche um etwa sieben Prozent. Noch deutlicher sanken die Aktienpreise in den meisten Schwellenländern. Auf den Rentenmärkten stiegen die Risikoaufschläge für Titel geringerer Bonität.

Der Einbruch läßt sich nicht einfach erklären, denn die in letzter Zeit eingetroffenen Konjunkturdaten waren nicht generell enttäuschend. Vielmehr hat eine gemischte Nachrichtenlage zu einer Korrektur der seit dem vergangenen Sommer außerordentlich günstigen Marktentwicklung geführt. Der Aktienboom schien bis dato durch die weltweit weiterhin günstige Gewinnentwicklung gedeckt. Dem entsprach auch die kräftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Japan und im Euroraum gegen Jahresende. Zuletzt vermehrten sich aber Hinweise darauf, daß der moderate Abschwung der US-Wirtschaft in diesem Jahr weitergeht. Zu diesem weltwirtschaftlichen Risikofaktor kommt derzeit Nervosität der Finanzmärkte über den Außenwert des Yen hinzu: In Japan kann zu sehr niedrigen Zinsen Kapital aufgenommen und andernorts reinvestiert werden. Die Renditen solcher sogenannter „Carry trades“ fielen das ganze vergangene Jahr über wegen des Wertverlustes des Yen besonders hoch aus. Ende Februar wertete der Yen wieder auf und zwang manche Finanzinvestoren zur raschen Aufgabe solcher Portfoliostrukturen. Auch wenn die quantitative Bedeutung dieses Effekts umstritten ist, wird er gegenwärtig an den Märkten als Risikofaktor angesehen und ist deshalb eine weitere Ursache für die Turbulenzen.

Der Einbruch auf dem chinesischen Aktienmarkt läßt einen realwirtschaftlichen Hintergrund kaum erkennen; das hohe Wachstum in China hält an. Allgemein ist die Konjunktur in den Schwellenländern stabil. So profitieren die rohstoffexportierenden Länder davon, daß die Preise für Industrie-

rohstoffe weiter zügig, wenn auch seit Mitte vergangenen Jahres nicht mehr exorbitant steigen. Demgegenüber liegt der gegenwärtige Erdölpreis von etwa 62 Dollar (Brent) gut 15 Dollar tiefer als der Rekordwert vom August und entspricht etwa dem Preisniveau von vor einem Jahr.

Die Finanzmärkte werden sich wohl bald wieder stabilisieren. Dennoch ist damit zu rechnen, daß die Kursgewinne dieses Jahr wesentlich bescheidener und die Risikoaufschläge für riskantere Anlagen höher ausfallen werden als im vergangenen Jahr. Die Weltkonjunktur wird dadurch ein wenig gedämpft.

Von der Geldpolitik gehen in diesem Jahr keine einheitlichen Einflüsse aus. In den USA werden die Zinsen aufgrund der schleppenden Konjunktur ab dem Sommer wohl etwas gesenkt. Im Euroraum wird der geldpolitische Kurs dagegen noch einmal leicht verschärft. Denn die EZB ist besorgt, daß die recht kräftige Konjunktur im Euroraum doch noch auf das Preisklima durchschlagen könnte.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern wieder etwas angleichen: Der Aufschwung im Euroraum und in Japan verlangsamt sich, die US-Wirtschaft gewinnt gegen Jahresende wieder etwas an Fahrt. Der Welthandel wird in diesem Jahr mit 7½% und damit deutlich langsamer expandieren als im vergangenen. Dabei ist unterstellt, daß der Euro im Jahresdurchschnitt 1,31 Dollar wert ist und der Erdölpreis im Schnitt etwa 60 Dollar (Brent) pro Barrel beträgt.

Ein wesentlicher Risikofaktor für die Prognose bleibt die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten: Der jüngste Aufschwung in der Weltwirtschaft hat sich auch dadurch ausgezeichnet, daß selbst risikoreichere Investitionen zu relativ günstigen Konditionen finanziert werden konnten. Eine wesentliche Ursache dafür dürften Finanzinnovationen sein, die den Kapitalgebern eine Diversifizierung ihrer Risiken ermöglichten. Wie leistungsfähig diese Instrumente auch in Zeiten wieder erhöhter Finanzmarktvolatilität sind, muß sich aber noch erweisen.

US-Konjunktur fängt sich wieder

Das Konjunkturbild in den USA ist zur Zeit einheitlich. Auf der einen Seite stieg der private Konsum bis zuletzt sehr deutlich. Auf der ande-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 12/2007 am 14. März 2007 veröffentlicht.

ren Seite sind die Investitionen Ende vergangenen Jahres auf breiter Front zurückgegangen. Während die privaten Haushalte – gestützt durch einen immer noch robusten Arbeitsmarkt, kräftige Einkommenssteigerungen und wieder etwas günstigere Energiepreise – ihren Verbrauch trotz ausgeprägter Schwäche der Immobilienmärkte offensichtlich nicht einschränkten, haben die Unternehmen den Einfluß der rückläufigen Hauspreise auf den privaten Verbrauch und damit auf die Absatzaussichten zunächst einmal überschätzt. Neben sehr schwachen Anlageinvestitionen hat dies vor allem zu einem deutlichen Lagerabbau geführt, der auch mit einem niedrigen Importzuwachs einherging.

Auch Anfang dieses Jahres steht eine schwache Industrieproduktion robusten Einzelhandelsumsätzen gegenüber. Im weiteren Verlauf des Jahres ist jedoch damit zu rechnen, daß sich der Arbeitsmarkt allmählich eintrüben wird und die Einkommen nicht mehr so kräftig steigen. Folge wird eine deutlich geringere Zunahme des privaten Verbrauchs sein. Gleichzeitig werden die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung wieder ein wenig aufgeben. Angesichts der gedämpften konjunkturellen Aussichten und allmählich geringer werdenden Inflationsrisiken wird die US-Notenbank wohl ab dem Sommer bis zum Ende des laufenden Jahres die Zielrate für Tagesgeld um insgesamt 50 Basispunkte senken. Die Finanzpolitik strebt dagegen laut dem Budgetplan des Präsidenten einen restriktiven Kurs an. Allerdings sind in dem Plan wesentliche haushaltsbelastende Gesetzesvorhaben, die im Laufe des Prognosezeitraums zur Verhandlung stehen, nur teilweise oder gar nicht berücksichtigt. Insgesamt dürfte die Finanzpolitik deshalb nur leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Bisher sieht es so aus, als seien die dämpfenden Wirkungen des Einbruchs auf den Immobilienmärkten geringer als allgemein erwartet. Deshalb stehen die Chancen gut, daß die US-Konjunktur im Verlauf des Prognosezeitraums allmählich wieder Fahrt aufnehmen wird. Sie bleibt jedoch durchgängig unterhalb der Rate ihres Potentialwachstums. Im Jahresdurchschnitt legt die Produktion um 2,4% zu, im Jahr 2008 um knapp 3%.

Europäische Union: Aufschwung im Euroraum verlangsamt sich

Die Wirtschaft in der Europäischen Union befindet sich im Aufschwung. In Großbritannien deutet anhaltender Preisauftrieb sogar auf Überhitzungsge-

fahren. In Mitteleuropa hat die Konjunktur vor allem aufgrund der günstigen Entwicklung in Polen noch einmal an Fahrt gewonnen. Auch im Euroraum hat die Produktion Ende 2006 stark zugelegt, vor allem dank ungewöhnlich hoher Zuwächse beim Export. Der private Konsum expandierte dagegen weiter nur moderat. Die Investitionen nahmen wie im Schnitt des vergangenen Jahres recht kräftig zu.

Die Bedingungen für private Investitionen sind nach wie vor sehr günstig: Fremdkapital ist dank mäßiger Kapitalmarktzinsen und niedriger Risikoaufschläge billig, und Eigenkapital war dank florierender Aktienmärkte – zumindest bis zu deren Einbruch Ende Februar – leicht zu beschaffen. Die Lohnstückkosten sind im vergangenen Jahr nur sehr langsam, nämlich mit einer Rate von unter einem Prozent, gestiegen: Die Tarifabschlüsse waren moderat und die Arbeitsproduktivität stieg beschleunigt. All dies hat die Gewinne erhöht, Anreize zu Investitionen geschaffen und auch die Beschäftigung gesteigert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate liegt Anfang dieses Jahres mit rund 7½% auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Gemeinschaftswährung.

Die Industrieproduktion hat bis zur Jahreswende kräftig zugelegt. Auch die jüngsten Stimmungskennzeichen sprechen für eine Fortsetzung des Aufschwungs. Die günstige Entwicklung auf den Arbeitsmärkten wird im Lauf des Jahres auf die Arbeitseinkommen durchschlagen und den Konsum der privaten Haushalte anregen. Allerdings gibt es auch eine Reihe von Belastungsfaktoren für die Wirtschaft im Euroraum. Dazu gehört eine schwache US-Konjunktur, welche die Exportchancen von Unternehmen aus dem Euroraum und den Zuwachs von aus den USA stammenden Vermögenseinkommen beschneidet. Sodann dämpfen Steuererhöhungen in Italien und Deutschland die private Nachfrage. Insofern die deutsche Mehrwertsteuererhöhung noch nicht voll auf die Konsumentenpreise durchgeschlagen hat, werden dadurch die Unternehmensgewinne beeinträchtigt. Schließlich wird die Eintrübung der Stimmung auf den Finanzmärkten über verschlechterte Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und negative Vermögenseffekte für die Haushalte die private Nachfrage etwas dämpfen.

Alles in allem wird sich der Aufschwung schon im Frühjahr deutlich abschwächen. Unter den langjährigen Trend von etwa 2% wird der Produktionszuwachs aber wohl nicht fallen. Im Jahresdurchschnitt nimmt die Wirtschaft im Euroraum mit 2,4% zu. Für 2008 stehen die Chancen gut, daß

der Aufschwung im Euroraum anhält. Dies gilt erst recht für die gesamte Europäische Union, denn Großbritannien profitiert mit seinem Weltfinanzzentrum London weiter von den Globalisierungsprozessen; auch bleibt die Wachstumsdynamik in Mitteleuropa mittelfristig hoch.

Deutschland

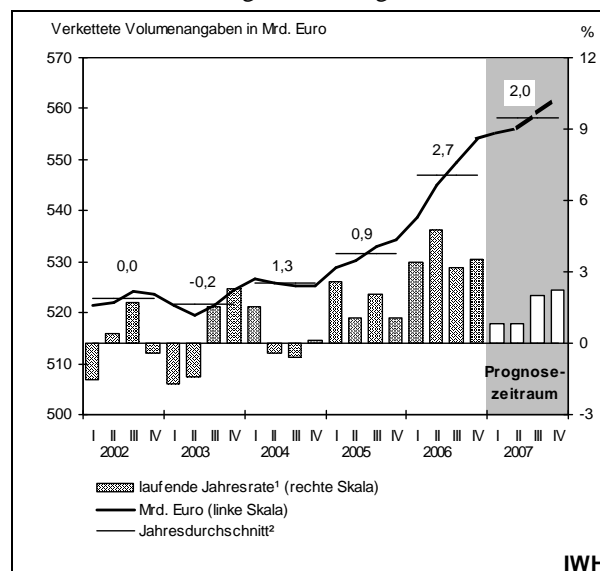
Nach Konjunkturdelle weiter im Aufschwung

In Deutschland haben die Steueranhebungen zu Beginn des Jahres – wie vorausgesagt – tiefe Spuren im Kaufverhalten der privaten Haushalte hinterlassen. Der Einbruch im Einzelhandel mit Gebrauchsgütern, darunter vor allem mit Personenkraftwagen, fiel mit zweistelligen Schrumpfraten kräftig aus und dies trotz Dämpfung des Kaufkraftverlustes durch den schwachen Preisanstieg bei Energieträgern. Gesamtwirtschaftlich hielt sich dieser Eingriff der Finanzpolitik in das Wirtschaftsgeschehen jedoch bislang in Grenzen. Darauf deuten die Produktionszuwächse in Industrie und Baugewerbe zu Beginn des Jahres ebenso hin wie der fortgesetzte Rückgang der Arbeitslosigkeit und der anhaltende Beschäftigungsaufbau. Die konjunkturelle Bewegung wird allerdings von der Gunst des milden Winterwetters sowie den Fertigstellungen im vorgezogenen Eigenheimbau überzeichnet. Unter den immer noch konjunkturfrendlichen Bedingungen im weltwirtschaftlichen und monetären Umfeld hat der Zugriff der Steuerpolitik zu Beginn des Jahres lediglich zu einer Delle im Zuwachs und nicht – wie ursprünglich prognostiziert – zu einem, wenn auch nur vorübergehenden, Rückgang der Produktionsaktivität geführt.

Wie weit die Verlangsamung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im weiteren Verlauf dieses Jahres reicht, hängt vor allem von den Einkommenserwartungen der Unternehmen und der privaten Haushalte ab. Während die Exporteure weiterhin von der kräftigen, wenn auch leicht abgeschwächten Dynamik der Weltwirtschaft profitieren werden und die Investoren bei immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten die bis zum Jahresende geltenden Abschreibungserleichterungen noch mitnehmen dürften, hängen die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte auch von den Lohnabschlüssen in der laufenden Tarifrunde und vor allem der Beschäftigungsentwicklung ab. Der Verteilungsspielraum ist im gegenwärtigen Aufschwung größer

geworden und damit die Basis für Lohnanhebungen. Inwieweit die Lohnzuwächse das Wachstum fördern und Inflationsgefahren bannen werden, wird von ihrer Höhe mitbestimmt. Das IWH geht von einem Anstieg der Tariflöhne im Durchschnitt dieses Jahres um 2,1% und im nächsten Jahr um 2,5% aus. Effektiv dürfte er wegen der weiteren Ausdifferenzierung der Erwerbsformen und der Beschäftigungsverhältnisse dahinter zurückbleiben, so daß die tatsächliche Lohnentwicklung beschäftigungsfreundlich bleibt. Das bedeutet einen Impuls für die Erwerbseinkommen dank steigender Beschäftigung. Das bislang schwache Glied im Aufschwung schließt damit weiter auf, und der Aufschwung selbst gewinnt an Breite und Stärke.

Abbildung:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 1. Quartal 2007: Prognose des IWH.

Der kräftige Produktionsanstieg im vergangenen Jahr hat die deutsche Wirtschaft zurück auf den Potentialpfad geführt, den das IWH jetzt bei einer Wachstumsrate von leicht über 2% schätzt. Laut der Prognose für 2007 bleibt dann der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2% geringfügig unter der Potentialrate. Im kommenden Jahr gehen die Impulse von der Geldpolitik nach dem Erreichen des konjunkturalneutralen Zinses zurück, und die Nachfrage auf den Weltmärkten beschleunigt sich nicht weiter. Im Inland fallen jedoch belastende Faktoren weg, so daß sich die endogenen Kräfte stärker entfalten können. Das Bruttoinlands-

produkt nimmt im Jahr 2008 um 2,5% zu. Bei immer noch 3,5 Millionen Arbeitslosen halten sich Verspannungen an den Faktormärkten in Grenzen.

Außenhandel bleibt treibende Kraft

Nachdem die Wareneinfuhren in den letzten Monaten des vergangenen Jahres deutlich gesunken sind, deutet sich für den Beginn dieses Jahres eine Stabilisierung auf hohem Niveau an. Infolge der leichten konjunkturellen Abkühlung im weltwirtschaftlichen Umfeld werden die Exportzuwächse im weiteren Verlauf dieses Jahres allerdings hinter der außerordentlich hohen Dynamik im vergangenen Jahr zurückbleiben. Die Auslandsnachfrage bleibt aber, auch aufgrund der sich weiter verbessernden preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter, robust und wird sich, wie schon 2006, auch in diesem Jahr als treibende Kraft der konjunkturellen Entwicklung erweisen. Wie bislang werden die Ausfuhrzuwächse in diesem Jahr insbesondere von den Lieferungen nach China, Indien, Rußland, Südostasien und Mittel- und Osteuropa bestimmt. Auch für das kommende Jahr stehen die Zeichen im Außenhandel günstig. Die Exporte werden, angesichts weiterhin guter konjunktureller Aussichten in Europa, hier vor allem in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern, aber auch bei wichtigen außereuropäischen Handelspartnern, in beiden Jahren mit gut 8% zunehmen.

Bedingt durch die starke Zunahme der Exporte und die Kräftigung der Inlandsnachfrage stiegen auch die Wareneinfuhren im vergangenen Jahr mit einer zweistelligen Zuwachsrate. Ähnlich wie bei den Exporten nahmen insbesondere die Einfuhren aus Rußland, Indien, Mittel- und Osteuropa und China überdurchschnittlich zu, wobei die Zuwächse hauptsächlich auf Rohstoffe und Vorprodukte entfielen. Im Zuge der zu Beginn dieses Jahres verlangsamten Entwicklung der Binnennachfrage zeichnet sich auch bei den Wareneinfuhren eine spürbar nachlassende Dynamik ab. Zum Jahresauftakt entwickelten sich die Einfuhren gar rückläufig. Trotz deutlich geringerer Exportzuwächse wird der Außenhandel jedoch auch in diesem Jahr einen beachtlichen Wachstumsbeitrag leisten. Im kommenden Jahr werden aufgrund der erstarkten Inlandskonjunktur auch die Einfuhren kräftig zulegen, so daß von einem Importzuwachs von 8,7% ausgegangen wird, nach 7,8% in diesem Jahr.

Obgleich für den Prognosezeitraum weiterhin mit einer dynamischen Entwicklung der Exportnachfrage zu rechnen ist, bleiben dank der nach

wie vor hohen Wettbewerbsintensität auf den Absatzmärkten die Spielräume für Preiserhöhungen begrenzt. Aufgrund der unterstellten Beruhigung an den Rohstoffmärkten kann dennoch für das laufende Jahr von einer leichten Verbesserung der Terms of Trade ausgegangen werden, während diese sich im kommenden Jahr mit dem Anziehen der Rohstoffpreise wieder etwas verschlechtern dürften.

Unternehmensinvestitionen weiter kraftvoll

Die Unternehmen haben zu Beginn des Jahres in ihren Investitionsanstrengungen nicht nachgelassen. Die Dynamik war sowohl von der Errichtung gewerblicher Bauten als auch von der Anschaffung neuer Ausrüstungsgüter geprägt. Sie wird im späteren Verlauf dieses Jahres deutlich zulegen. Die im Rahmen der Unternehmensteuerreform angekündigte Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Investitionsgüter dürfte viele Unternehmen veranlassen, für später geplante Investitionen in das Jahr 2007 vorzuziehen. Dort, wo die Investitionen mit Kapazitätserweiterungen verbunden sind, ziehen sie auch Wirtschaftsbauten nach sich. Mit vermehrten Ausrüstungsinvestitionen gehen zudem Anschaffungen von neuer Software einher, die als Investitionen in sonstige Anlagen zählen. Begünstigt werden die Investitionsentscheidungen durch die nach wie vor niedrigen Zinsen für die Aufnahme von Fremdkapital und die verbesserte Ausstattung der Unternehmen mit Eigenmitteln.

Zu Beginn des nächsten Jahres dürfte die Investitionsdynamik mit der Umstellung der steuerlichen Rahmenbedingungen vorübergehend stocken, dann aber angesichts nach wie vor kräftiger weltwirtschaftlicher Aktivitäten der Unternehmen wieder Fahrt aufnehmen. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr um 4,4% und im kommenden Jahr um knapp 5% steigen.

Bauinvestitionen: Tendenzwende vollzogen

Die Bauinvestitionen haben bis zum Ende des vergangenen Jahres spürbar zugelegt und mit einer Rate von 4,2% gegenüber dem Vorjahr erstmalig seit 1999 wieder zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Während im Wohnungsbau vor allem Sondereffekte zur Mitnahme der Eigenheimzulage und zur Umgehung der Mehrwertsteuererhöhung zum Tragen kamen – zwei Drittel des Zuwachses lassen sich dem zurechnen – hat der Staat dank gestiegener Einnahmen mehr in bauliche Anlagen investiert.

Zu Beginn dieses Jahres hat der milde Winter die Unternehmen veranlaßt, die hohen Auftragsbestände jetzt verstärkt abzubauen und damit nicht, wie sonst üblich, auf das Frühjahr zu warten. In den folgenden Monaten dürfte es wegen der in das Jahr 2006 vorgezogenen Maßnahmen zu einer deutlich geringeren Neubautätigkeit bei Eigenheimen und zu Einschränkungen bei Modernisierungsmaßnahmen im Bestand kommen, die den Wohnungsbau und die Bauinvestitionen insgesamt vorübergehend deutlich dämpfen werden. Die Perspektiven bei der energetischen Bausanierung dürften aber weiterhin gut stehen, dies signalisieren auch die von der KfW veröffentlichten Kreditzusagen im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms, der Wohnraum-Modernisierung/Öko-Plus und des Ökologischen Bauens. Dies wird gestützt durch ein zwar anziehendes, aber immer noch vergleichsweise niedriges Zinsniveau, die abnehmenden Arbeitsplatzunsicherheiten und die aufgehellten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte. Diese Faktoren dürften zum Jahresende die Baunachfrage wieder etwas stärken.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum nochmals ausgeweitet. Nach der von 2000 bis 2005 anhaltenden Investitionszurückhaltung werden Bund, Länder und Kommunen mit der Erhöhung des Steueraufkommens in die Lage versetzt, den aufgestauten Baubedarf langsam abzubauen. Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2007 um 1,2% zu, im Jahr darauf dürfte sich dieses Wachstum mit der nach wie vor kräftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf knapp 2% erhöhen.

Konsum erholt sich wieder

Zu Beginn des Jahres 2007 sind – wie vorausgesagt – die Käufe der privaten Haushalte von Gebrauchsgütern, darunter von Personenkraftwagen, drastisch zurückgegangen. Die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer forderte ihren Tribut. Noch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hatte sich der private Konsum insbesondere durch die vorgezogenen Käufe von PKW und anderen langlebigen Konsumgütern zur Umgehung der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 belebt. Auch deshalb stieg er im Jahresdurchschnitt nach drei Jahren Stagnation real um 0,8%. Dieser Konsumzuwachs wurde nur zum Teil aus den laufenden Einkommen finanziert. Die verfügbaren Einkommen legten real nur um 0,5% zu (Konsumentenpreise: +1,3%). Der andere Teil der vorge-

zogenen Käufe ging auch zu Lasten der Ersparnis; nach mehrjährigem Anstieg verringerte sich die Sparquote um 0,1 Prozentpunkte auf 10,5%.

Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres dürfte die Konsumnachfrage vor allem infolge der deutlich expandierenden Haushaltseinkommen wieder anziehen. Im Durchschnitt des Jahres erhöht sich der private Konsum real mit 1% etwas stärker als im Vorjahr. So steigen die Löhne und Gehälter brutto infolge der anhaltenden Zunahme der Beschäftigung und der deutlich höheren Dynamik der Tarif- und Effektivlöhne fast doppelt so stark wie im vergangenen Jahr. Die Nettoverdienste erhalten infolge der per saldo sinkenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen noch einen zusätzlichen Schub und legen mit über 3% zu. Der Nettolohn je Beschäftigten, der in den vergangenen zwei Jahren deutlich gesunken ist, steigt real erstmals wieder leicht an. Die monetären Sozialleistungen gehen dagegen dank der verbesserten Arbeitsmarktlage weiter zurück, obwohl das einkommensabhängige Elterngeld neu eingeführt wird und es zur Jahresmitte wohl zu einer geringfügigen Rentenerhöhung kommt. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen mit 2,6% zulegen; real bedeutet dies eine Erhöhung um gut 1%. Die verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte läßt auch die Sparquote wieder leicht ansteigen.

Im nächsten Jahr nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte infolge der anhaltenden Verbesserung der Beschäftigungslage, der höheren Effektivverdienste und der wieder stärker zunehmenden Selbständigen- und Vermögenseinkommen mit 3,2% kräftiger als in diesem Jahr zu. Die erstarkten Einkommen stützen den privaten Konsum, der real um 1,6% zulegt und damit wieder merklich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beiträgt.

Teuerung bleibt moderat

Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Verbraucherpreise um 1,7%. Damit war die Teuerung deutlich niedriger als im Jahr davor (2005: 2%). Der Preisanstieg resultierte vor allem aus der Verteuerung von Energie. Die Preise für Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) zogen im Jahr 2006 um 8,5% an. Ohne deren Einrechnung hätte die Inflation im Jahr 2006 nur 0,9% betragen.

Im Jahr 2007 wird die Teuerung mit 1,7% niedriger als bislang prognostiziert ausfallen. Zwar dürften bei einem angenommenen Ölpreis von 60 Dollar

je Barrel und einem konstanten Wechselkurs die Energiepreise nicht weiter zunehmen, aber die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um drei Prozentpunkte führte Anfang 2007 zu einem deutlichen Preisanstieg um 1,6%. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der wegen der Nichtberücksichtigung des selbstgenutzten Wohneigentums den Einfluß der Mehrwertsteueranhebung stärker widerspiegelt, erhöhte sich um 1,8%. Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank¹ könnte von dieser Erhöhung knapp ein Prozentpunkt durch die Steueranhebung verursacht sein, wovon rund zwei Drittel auf den Januar selbst und knapp ein Drittel auf Vorzieheffekte im Verlauf von 2006 entfallen sein könnten. Für den nationalen Index bedeutet dies, daß rund die Hälfte des Anstiegs auf die Steuererhöhung zurückzuführen ist. Zudem ist noch mit verzögerten Effekten der Mehrwertsteueranhebung im weiteren Verlauf von 2007 zu rechnen. Von den Lohnstückkosten geht noch kein Preisdruck aus, obwohl ihr dreijähriger Rückgang zum Stillstand kommt.

Im nächsten Jahr dürfte sich die Teuerung auf 1,5% verlangsamen. Der in der Prognose unterstellte Ölpreis von 61 Dollar je Barrel wird sich 2008 kaum auf die Energiepreisdynamik auswirken. Lediglich die in Folge der Tariflohnentwicklung leicht anziehenden Lohnstückkosten könnten zu Preiserhöhungen führen.

Produktion im Osten wächst erneut stärker als im Westen

Der vom Export und den Investitionen getriebene Aufschwung regt vor allem die Industrieproduktion an. Im vergangenen Jahr hatte sie sich im gesamten Bundesgebiet um 6,2% erhöht, und damit so kräftig wie im Boomjahr 2000. Nach der Tendenzwende trägt auch das Baugewerbe wieder zum Produktionszuwachs bei. Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie viele unternehmensnahe Dienstleistungen expandieren im Fahrwasser von Industrie und Baugewerbe. Weniger stark wird der Aufschwung im Handel, bei Gebrauchsgüterherstellern und personennahen Dienstleistungen verlaufen. Hier dämpfen die gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Produktion immer noch zurückbleibenden Einkommensperspektiven der privaten Haushalte. Nach 2% Zuwachs in diesem Jahr wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 2008 auf 2,5% erhöhen.

Am Produktionszuwachs partizipieren jedoch nicht alle Regionen in gleichem Maße. Im vergangenen Jahr war das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern zusammengenommen mit 3% kräftiger gestiegen als im Westen. Dafür war das hohe Wachstumstempo der Industrie ausschlaggebend. Im Unterschied zu den zehn Jahren davor hatte auch das Baugewerbe dazu einen Beitrag geleistet. In diesem und dem kommenden Jahr dürfte die Industrie in den neuen Bundesländern erneut dank der Kostenvorteile im innerdeutschen Vergleich vor allem über die engen Lieferbeziehungen mit dem gesamten Bundesgebiet doppelt so stark zulegen wie in den alten Bundesländern. Hinzu kommt, daß das Baugewerbe an Bremswirkung deutlich eingebüßt hat. Das wird sich in diesem Jahr für das gesamte Bundesgebiet kaum ändern, wenngleich für den Jahresverlauf Rückgänge angelegt sind. Die hohen Auftragsbestände aus dem vergangenen Jahr haben zu Jahresbeginn, auch dank der günstigen Witterung, nochmals für hohe Produktionszuwächse gesorgt, die Bestellungen im Bauhauptgewerbe sind allerdings seit Monaten rückläufig. Einem leichten Rückgang der jahresdurchschnittlichen Bauleistung im Osten dürfte infolge der Tendenzwende am konjunkturell stärkeren Wirtschafts- und Wohnungsbau im Westen ein moderater Anstieg der Bauleistungen dort gegenüberstehen. Alles in allem bleibt das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in diesem Jahr im Osten mit 2,3% aufgrund der Tempoführerschaft des Verarbeitenden Gewerbes höher als im Westen (2%).

Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2006 infolge des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs und begünstigt durch die erneut gesunkene Lohnkostenbelastung der Produktion deutlich gebessert. Die Erwerbstätigkeit nahm um 283 000 Personen bzw. 0,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg mit 0,6% fast genau so wie die Zahl der Erwerbstätigen. Dies ist ein Indiz dafür, daß Vollzeitstellen kaum – wie in früheren Jahren zu beobachten war – durch Teilzeitjobs oder ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt wurden. Der Beschäftigungsaufbau konzentrierte sich vor allem auf die unternehmensnahen und die privaten Dienstleister. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in den vergangenen fünf Jahren stetig abgenommen hatte, stieg um 141 000. Davon entfielen 16 000 Stellen auf Ostdeutschland.

¹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Konjunktur Lage in Deutschland, in: Monatsbericht Februar 2007, S. 51.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist um 374 000 Personen gesunken und damit auch die Arbeitslosenquote auf 10,3%. Ausschlaggebend dafür war die gestiegene Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften. Auch der Rückgang des Arbeitsangebots, gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen, trug dazu bei.

Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt hat sich zu Beginn des Jahres 2007 nicht abgeschwächt: Die Zahl der Erwerbstätigen nahm, auch wegen der Senkung der Lohnnebenkosten, saisonbereinigt erneut zu, und die registrierte Arbeitslosigkeit sank weiter. Diese Entwicklung wurde durch Sonderfaktoren begünstigt. So konnten infolge der sehr milden Witterung Außenarbeiten ohne größere Unterbrechungen fortgeführt werden. Darüber hinaus dürften durch das neue Saison-Kurzarbeitergeld Entlassungen vermieden worden sein. Zudem ist ein Teil des Abbaus der registrierten Arbeitslosigkeit nach wie vor auf die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus zurückzuführen.

Im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Vor allem bei den unternehmensnahen und bei den privaten Dienstleistern werden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Im Verarbeitenden Gewerbe wird der Abbau an Beschäftigung zum Stillstand kommen. Im Baugewerbe, wo bereits im Vorjahr die Talsohle der Beschäftigung durchschritten wurde, ist mit einer leichten Zunahme der Arbeitsnachfrage zu rechnen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2007 um ca. 410 000 bzw. 1% zunehmen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird mit knapp 700 000 Personen stärker abnehmen als die Erwerbstätigenzahl zunimmt. Ein Grund dafür ist auch der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das Erwerbsalter, so daß die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt.

Für das Jahr 2008 stehen die Chancen gut, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte gegenüber dem Vorjahr um etwa 170 000 Personen zunehmen. Dabei handelt es sich überwiegend um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt auf etwa 3,5 Millionen sinken.

In Ostdeutschland entspannt sich die Lage am Arbeitsmarkt nur wenig. Der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg läßt sich im wesentlichen durch Produktivitätssteigerungen erwirtschaften, so daß die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt nur gering-

fällig steigen dürfte. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird auch wegen des rückläufigen Arbeitsangebots weiter sinken. Dennoch wird die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch bleiben wie in Westdeutschland. Die gespaltene Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort.

Öffentliches Defizit geht zurück

Im Jahr 2006 hat der wirtschaftliche Aufschwung zu unerwartet hohen Einnahmen des Staates an Steuern und Sozialbeiträgen geführt. Insbesondere die Unternehmensteuern entwickelten sich ungewöhnlich dynamisch und brachten auch den Gemeinden einen unverhofften Geldsegen. Infolge der guten Einnahmensituation sank das Staatsdefizit auf 1,7% des Bruttoinlandsprodukts und unterschritt somit erstmals seit 2001 wieder die vom Maastrichter Vertrag gesetzte Drei-Prozent-Grenze.

Die Lage der öffentlichen Finanzen wird sich im Prognosezeitraum weiter entspannen. Einerseits sorgt der fortgesetzte wirtschaftliche Aufschwung automatisch für ein weiter steigendes Aufkommen an Steuern und Sozialbeiträgen. Andererseits vergrößert die Mehrwertsteuererhöhung den finanziellen Spielraum des Staates. Einnahmehinweise gibt es seit Beginn 2007 durch die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und ab 2008 durch die Unternehmensteuerreform. Beides wird jedoch nicht das konjunkturbedingt weiterhin steigende Aufkommen anderer Steuern aufwiegen. Insgesamt werden die Staatseinnahmen 2007 nominal um 2,7% und 2008 um 1,8% zunehmen.

Die meisten Staatsausgaben entwickeln sich weiter moderat. Mit steigenden Personalausgaben ist ab Januar 2008 zu rechnen, weil der Tarifvertrag für die Länder zum 1. Januar bzw. 1. Mai 2008 eine Tarifierhöhung um 2,9% vorsieht und weil die Entgeltregelungen im Tarifvertrag für Bund und Gemeinden zum 31. Dezember 2007 neu verhandelt werden können. Steigende Ausgaben wird es auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung geben, nicht nur weil die Zahl der Rentner zunimmt, sondern auch weil erstmals seit vier Jahren vermutlich eine leichte Rentenerhöhung stattfinden wird. Da die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse aktuell schneller zunehmen als die Zahl der Rentner, wirkt sich der demographische Faktor in der Rentenanpassungsformel erstmals positiv aus. Die Rentenerhöhung wird auch eine entsprechende Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes II nach sich ziehen. Andererseits wird der Rückgang der Arbeitslosig-

keit die Arbeitslosenversicherung finanziell entlasten und vermutlich auch einen Rückgang der Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II bewirken.

Im Gesundheitswesen fallen die Einsparungen durch die Gesundheitsreform geringer aus als zunächst geplant. So wurde während des parlamentarischen Verfahrens der Sparbeitrag der Krankenhäuser gesenkt. Zusätzlich wird der Zwang zum Abbau der Verschuldung der Krankenkassen die Tendenz zu steigenden Krankenkassenbeiträgen stützen. Aus diesen Gründen wird für das laufende Jahr damit gerechnet, daß die Krankenkassenbeiträge stärker als zunächst geplant steigen, nämlich um 0,6 Prozentpunkte.

Insgesamt werden die Staatsausgaben nominal um 0,9% (2007) bzw. 1,2% (2008) zunehmen. Da die Einnahmen stärker als die Ausgaben steigen, wird das staatliche Defizit weiter zurückgehen. Die Defizitquote wird 2007 bei 0,9% und 2008 sogar nur bei 0,6% liegen.

Wirtschaftspolitik

Hohe Lohnabschlüsse gefährden Beschäftigungsaufbau

Mit dem seit Mitte 2005 anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung hat sich auch der Verteilungsspielraum von Löhnen und Gewinnen in Deutschland vergrößert. Erste Tarifabschlüsse in der Chemischen Industrie sehen dauerhafte Anhebungen der Stundenlöhne um 3,6% und Einmalzahlungen vor, die zusammengenommen die Lohnkosten um 4,3% ansteigen lassen. Die Lohnforderungen in anderen Branchen wie beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie, für die Verhandlungsergebnisse noch ausstehen, liegen mit 6½% darüber.

Höhere Löhne bedeuten nicht nur mehr Einkommen und Konsumnachfrage für die Beschäftigten, sondern auch höhere Kosten für die Unternehmen. Beide Effekte nehmen Einfluß auf die Beschäftigung, allerdings in entgegengesetzten Richtungen. Entscheidend für die Entwicklung der Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft ist das Verhältnis zwischen beiden.

Die vom IWH für Deutschland geschätzte Beschäftigungsgleichung² weist auf deutlich unter-

schiedliche Elastizitäten der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung im Hinblick auf die gesamte Güternachfrage (+0,8%) und die realen Arbeitskosten (-1%) hin. Das heißt, ein prozentual gleich großer Zuwachs der realen Arbeitskosten wie der Gesamtnachfrage führt per saldo zu einem Rückgang der Beschäftigung. Nur wenn die Arbeitskosten real um mehr als ein Fünftel langsamer steigen als die Güternachfrage, kommt es zum Beschäftigungsaufbau. Approximiert man die Güternachfrage anhand der vorliegenden Prognose für das Bruttoinlandsprodukt, so müßten die Lohnzuwächse im Jahr 2007 real deutlich unter 2% bleiben, um den laufenden Beschäftigungsaufbau nicht zu gefährden. Bei einem Anstieg des Preisniveaus von 1,7% lassen dann Lohnabschlüsse über 3,5% langfristig einen Beschäftigungsabbau erwarten, es sei denn, die Lohnzuschläge in Form von Konjunktur- oder Ertragskomponenten sind einmaliger Natur und laufen nach einer bestimmten Zeit aus. Letztlich entscheidet allerdings die Effektivlohnentwicklung über die Beschäftigung, in der sich auch der Wandel der Erwerbsformen und die Unterschiede in der Ertragslage der Unternehmen spiegeln.

Weichenstellungen der Finanzpolitik bei entspannter Haushaltslage

Die derzeitige Verbesserung der Lage der öffentlichen Finanzen ist nur zum Teil struktureller Art. Vor allem die Mehrwertsteuererhöhung hat eine strukturelle Verbesserung der Einnahmensituation des Staates zur Folge. Dagegen ist ein wesentlicher Teil des Sanierungserfolgs allein konjunkturell bedingt und droht in künftigen konjunkturellen Schwächephasen ebenso schnell wieder zu verschwinden. Um ein strukturell ausgeglichenes Budget zu erreichen, bleiben somit weitere Sanierungsanstrengungen notwendig. Sie dürften im Aufschwung ökonomisch leichter zu verkraften sein als bei einer Konjunkturschwäche.

Nach der Verabschiedung der Gesundheitsreform steht die Unternehmensteuerreform im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die nominale Steuerbelastung der Unternehmensgewinne durch die Körperschaft- und Gewerbesteuer soll von über 38 auf unter 30 Prozent gesenkt werden. Zur teilweisen Gegenfinanzierung wird die Bemessungsgrundlage verbreitert. Per saldo sollen die Unternehmen um 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet werden. Notwendig wäre es, die Unternehmensbesteuerung rechtsform- und finanzierungsneutral auszugestalten. Dazu lie-

² Die ökonometrische Schätzung erfolgte mit einem Fehlerkorrekturmodell. Die Ausgangsgrößen gehen in logarithmierter Form in die Gleichung ein. Die Unterschiede zwischen den beiden Koeffizienten sind für die Langfristbeziehung auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

fert auch die jetzige Reform nach den bisher vorliegenden Plänen keinen Beitrag.

Nachdem zum 1. Januar 2007 der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 4,2 Prozent des Bruttolohns gesenkt wurde, gibt es erneut Bestrebungen, ihn angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung noch weiter zu senken. Hier sind jedoch Vorbehalte angebracht. Der Beitragssatz sollte nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängen, um nicht prozyklisch zu wirken. Sinnvoll wäre eine weitere Beitragssenkung nur, wenn sie durch langfristige Einsparungen gerechtfertigt werden kann. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige konjunkturelle Besserung der Arbeitsmarktlage keine Rechtfertigung einer weitergehenden Beitragssenkung. Diese würde stattdessen die Gefahr erhöhen, im nächsten konjunkturellen Abschwung die Beiträge wieder erhöhen zu müssen. Sinnvoller wäre es, den Beitragssatz über den Konjunkturzyklus hinweg konstant zu halten und eventuell entstehende Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit in einer Rücklage für künftige Schwächephase anzuheben.

Wichtiger als eine schnelle Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung wäre es, die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Renten- und der Krankenversicherung weiter voranzutreiben. So könnten die relativ hohen Steuereinnahmen dazu genutzt werden, die ohnehin geplante Anhebung des Finanzierungsbeitrags des Bundes für die Krankenkassen schneller als bislang vorgesehen anzuheben und dadurch die Beitragszahler schon früher zu entlasten.

Geldpolitik auf neutralem Kurs

Der Europäische Zentralbankrat hat bei seinem Treffen Anfang März 2007 beschlossen, den maßgeblichen Leitzins erneut um 25 Basispunkte anzuheben. Mit nunmehr 3,75% wird damit ein Niveau erreicht, das unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Inflationserwartungen in etwa dem konjunktur- und inflationsneutralen Realzins entspricht; der kurzfristige und der langfristige Realzins liegen derzeit bei etwa 2%.³

³ Der kurzfristige Realzins wird anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraumes mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird. Letztere ergibt sich aus den Expertenbefragungen der EZB.

Die Einschätzung der Gefahren für die Preisniveaustabilität durch die Europäische Zentralbank (EZB) wird in diesem Jahr dadurch erschwert, daß neben den realwirtschaftlichen auch die monetären Indikatoren kein geschlossenes Bild mehr zeichnen. So deutet die Verlangsamung der Zunahme der realen Tauschgeldmenge M1 seit Beginn des Jahres 2006 darauf hin, daß sich der Aufschwung im Euroraum in absehbarer Zeit ebenfalls verlangsamen wird. Dem gegenüber steht allerdings die anhaltend kräftige Expansion der Kredite an den privaten Sektor; diese ist jedoch wohl auch auf den zunehmenden Kreditbedarf zur Finanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen und -übernahmen zurückzuführen.

Eine besondere Situation ergibt sich zudem aufgrund von Veränderungen in den Wachstumsbeiträgen der Länder im Euroraum, wodurch das weitere Abstimmungsverhalten im EZB-Rat beeinflusst werden könnte. Solange Deutschland beim Wachstum im Euroraum zurückblieb, dürfte ein Konsens über die Ausrichtung der Geldpolitik vergleichsweise einfach gewesen sein, denn die auch bei schwachem nationalen Wirtschaftswachstum ausgeprägte Inflationsaversion in Deutschland ließ sich zu dieser Zeit wohl leicht in Einklang mit den möglicherweise geringeren Inflationsängsten in den rascher wachsenden Mitgliedsländern bringen. Im vergangenen Jahr entwickelte sich die deutsche Wirtschaft jedoch zu einem Wachstumszentrum im Euroraum. Sich abzeichnende oder verfestigende Gefahren für die Preisniveaustabilität könnten dann aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen der damit verbundenen Kosten für die einzelnen Mitgliedsländer die Konsensfindung im EZB-Rat erschweren. Die Europäische Geldpolitik muß dann schon bald ihre nächste Nagelprobe bestehen.

Aufgrund der hier prognostizierten Verlangsamung des konjunkturellen Aufschwungs im Euroraum in Verbindung mit der anhaltenden Stabilität der Inflationserwartungen auf einem Niveau, das die EZB als mit Preisniveaustabilität vereinbar ansieht, ist alles in allem eine Weiterführung des neutralen geldpolitischen Kurses angemessen.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Diemo Dietrich, Ruth Grunert,
Ingmar Kumpmann, Axel Lindner, Brigitte Loose,
Rolf Scheufele, Götz Zeddies*

Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die Weiterbildung geringqualifizierter Personen

Seit einigen Jahren ist eine wachsende Zahl von Neueinstellungen mit befristeten Arbeitsverträgen zu beobachten. Ein Grund für diese Entwicklung liegt in der Erleichterung des Abschlusses befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland. Die Befristung von Arbeitsverträgen ist nach dem seit 2001 gültigen Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren möglich. Darüber hinaus können Personen bei Vorliegen „objektiver Gründe“ befristet eingestellt werden, z. B. als Ersatz für beurlaubte Mitarbeiter oder bei zeitlich begrenztem Arbeitskräftebedarf.

Das TzBfG trägt zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei, da es für Unternehmen die Möglichkeit bietet, ihren Personalbestand mit geringeren Kosten an die wirtschaftliche Lage anzupassen.⁴ Daneben könnten befristete Arbeitsverträge als „Verlängerung“ der Probezeit genutzt werden.⁵ Auf der Arbeitnehmerseite könnten solche Beschäftigungsverhältnisse mit unsicheren Erwerbsverläufen, geringeren Aufstiegschancen und geringeren Investitionen in berufliche Weiterbildung einhergehen.⁶ Gleichzeitig kann Befristung eine Möglichkeit des (Wieder-)Einstiegs arbeitsloser Personen in den Arbeitsmarkt darstellen.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse finden sich vor allem bei hoch- und geringqualifizierten Personen.⁷ In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion besteht Konsens darüber, daß Befristungen die Position hochqualifizierter Personen auf dem Arbeitsmarkt kaum beeinträchtigen. Für Personen dieser Qualifikationsstufe ist die Arbeitslosenquote wie auch die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer

geringer als bei jeder anderen Qualifikation. Un- und geringqualifizierte Personen sind dagegen sehr viel häufiger und im Durchschnitt länger arbeitslos. Darüber hinaus hat sich die Arbeitsmarktlage dieser Personen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So stellt das IAB in einer Studie über die Entwicklung qualifikationsspezifischer Arbeitslosenquoten fest, daß sich die Arbeitslosenquote von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung über den Betrachtungszeitraum 1975-2004 deutlich erhöht hat – auf ca. 20% in den alten und ca. 50% in den neuen Bundesländern.⁸ In dieser Situation sind befristete Beschäftigungsverhältnisse für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Auf der anderen Seite stellt Befristung gerade für un- und geringqualifizierte Personen eine Art „Sackgasse“ dar. Laut OECD sind die Chancen auf einen Wechsel in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse in dieser Gruppe besonders gering. Damit sind dauerhafte Einkommenseinbußen und eine höhere Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeit verbunden.⁹ Vor diesem Hintergrund spielt die berufliche Weiterbildung für un- und geringqualifizierte Personen eine besondere Rolle. Die Möglichkeiten dazu werden in der Realität allerdings nur eingeschränkt bereitgestellt und genutzt.

In diesem Beitrag wird untersucht, welchen Einfluß befristete Arbeitsverträge auf die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung geringqualifizierter beschäftigter Personen haben.¹⁰ Als berufliche Weiterbildung gilt dabei die Teilnahme an Kursen, Seminaren, Tagungen oder Privatunterricht mit überwiegend beruflichem Hintergrund. Die Abgrenzung der betrachteten Personengruppe ergibt sich aus der in der Arbeitsmarktforschung üblichen Verwendung einer Berufsklassifikation anhand von Tätigkeitsmerkmalen. Damit umfaßt diese Gruppe formal un- und geringqualifizierte Personen, kann aber auch formal höhere Qualifikationen beinhalten.

⁴ HUNT, J.: Firing Costs, Employment Fluctuations and Average Employment: An Examination of Germany. *Economica* 67, 2000, pp. 177-202.

⁵ BOOCKMANN, B.; HAGEN, T.: Fixed-term Contracts as Sorting Mechanisms: Evidence From Job Durations in West Germany. ZEW Discussion Paper 05-85. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Mannheim 2005.

⁶ Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der EU-Kommission. Vgl. EU-KOMMISSION: Employment in Europe. Luxembourg 2004. Ein negativer Effekt von Befristung auf die Weiterbildungswahrscheinlichkeit von Beschäftigten wird auch im Rahmen einer IWH-Studie festgestellt. Dabei wird allerdings nicht nach dem Qualifikationsniveau unterschieden. Vgl. SAUERMAN, J.: Who invests in training if contracts are temporary? Empirical evidence for Germany using selection correction. IWH-Diskussionspapiere Nr. 14/2006.

⁷ Vgl. SCHREYER, F. „Unsichere“ Beschäftigung trifft vor allem die Niedrigqualifizierten. IAB-Kurzbericht Nr. 15, 2000.

⁸ Im gleichen Zeitraum war das Arbeitslosigkeitsrisiko von Akademikern mit relativ geringen Schwankungen um 5% sehr niedrig. Vgl. REINBERG, A.; HUMMEL, M.: Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht Nr. 9, 2005.

⁹ OECD: Employment Outlook 2002. OECD, Paris 2002.

¹⁰ Diese Studie entstand im Rahmen eines vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten geförderten Projekts.

Der Zusammenhang zwischen befristeter Beschäftigung und Weiterbildung aus theoretischer Sicht

Nach der Humankapitaltheorie von Gary S. Becker unterliegen Investitionen in Humankapital dem gleichen Investitionskalkül wie Investitionen in Sachkapital. Dabei wird ein perfekter Arbeitsmarkt unterstellt, in dem Individuen nutzenmaximierend handeln und über vollständige Information verfügen. Becker unterscheidet zwischen zwei Formen des Humankapitals: allgemeines bzw. übertragbares und firmenspezifisches. Investitionen in letzteres werden – in Abhängigkeit von der erwarteten Amortisationszeit – zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Es ist zu erwarten, daß eine Befristung aufgrund der kürzeren Amortisationszeit der Investitionen in firmenspezifisches Humankapital einen negativen Einfluß auf die Weiterbildungswahrscheinlichkeit hat. Die Amortisationszeit für allgemeines Humankapital wird dagegen von einer Befristung nicht beeinflusst, da die Produktivität durch Weiterbildung in allen Betrieben gleichermaßen erhöht wird. Für Arbeitnehmer stellt eine Befristung daher keine Verringerung des Investitionsanreizes dar, Unternehmen werden dagegen nicht in allgemeines Humankapital ihrer Beschäftigten investieren.¹¹

In neueren Theorien wird die Annahme eines perfekten Arbeitsmarktes durch die Berücksichtigung von Transaktionskosten und asymmetrisch verteilten Informationen ersetzt. Solche Informationsasymmetrien treten auf, wenn ein Arbeitgeber bessere Informationen über Humankapitalausstattung und Weiterbildungsaktivitäten seiner Beschäftigten hat als andere Firmen am Markt, oder „fremde“ Arbeitgeber zwar Weiterbildungsaktivitäten der Arbeitnehmer beobachten können, aber nicht ihre Fähigkeiten.¹² Daraus lassen sich drei Erklärungsansätze für Weiterbildungsinvestitionen ableiten: gestauchte Lohnstrukturen, Screening und Signalling.

¹¹ BECKER, G. S.: Investment in Human Capital: A theoretical analysis. *Journal of Political Economy* 70 (5), 1962, pp. 9-49.

¹² Vgl. ACEMOGLU, D.: Training and Innovation in an Imperfect Labor Market. *Review of Economic Studies* 64, 1997, pp. 445-464. – ACEMOGLU, D.; PISCHKE, J. S.: The Structure of Wages and Investment in General Training. *Journal of Political Economy* 107, 1999, pp. 539-572. – AUTOR, D. H.: Why Do Temporary Help Firms Provide Free General Skills Training? *Quarterly Journal of Economics* 116 (4), 2001, pp. 1409-1448. – KATZ, E.; ZIDERMAN, A.: Investment in General Training: The Role of Information and Labour Mobility. *Economic Journal* 100 (403), 1990, pp. 1147-1158.

Mit dem Begriff „gestauchte Lohnstruktur“ wird ein Zustand bezeichnet, in dem die Produktivität der Beschäftigten eines Unternehmens höher als ihr Lohn ist. Es wird angenommen, daß dieser Unterschied mit steigenden Weiterbildungsaktivitäten zunimmt, wodurch sich auf Arbeitgeberseite der Anreiz zu Weiterbildungsinvestitionen erklären läßt. Die empirisch beobachtbare geringere Entlohnung befristet Beschäftigter im Vergleich zu unbefristet Beschäftigten¹³ erhöht dabei zusätzlich den Anreiz zur Investition in Weiterbildung.

Der Screening-Ansatz erklärt Arbeitgeberinvestitionen mit der Möglichkeit, durch eine Weiterbildung Informationen über die Fähigkeiten von Beschäftigten zu gewinnen. Daraus läßt sich ein größerer Anreiz für Arbeitgeberinvestitionen in Weiterbildung befristet Beschäftigter ableiten, da Weiterbildungsangebote Informationen generieren, die für eine Entscheidung über die Entfristung geeigneter Mitarbeiter relevant sein können.

Der Signalling-Ansatz erklärt Weiterbildungsinvestitionen auf Arbeitnehmerseite damit, daß die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung als Zeichen, z. B. für hohe Motivation, an den Arbeitgeber genutzt wird. Dies impliziert höhere Weiterbildungsinvestitionen befristet Beschäftigter, um dadurch die Chance auf eine unbefristete Beschäftigung zu erhöhen.

Aus den verschiedenen Theorien läßt sich keine übereinstimmende Aussage über den Effekt des Beschäftigungstyps auf Investitionen in berufliche Weiterbildung ableiten.

Methodik

In der empirischen Literatur finden sich bisher nur wenige Studien zum Einfluß der Art des Arbeitsvertrages auf berufliche Weiterbildung. Eine einfache Möglichkeit der Abbildung dieses Effekts besteht in der Einführung einer Dummy-Variablen für die Art des Beschäftigungsverhältnisses in die Schätzung der Weiterbildungswahrscheinlichkeit. Allerdings kann mit dieser Methode nicht berücksichtigt werden, daß sich Personen mit befristeten Arbeitsverträgen systematisch von Personen mit unbefristeten Arbeitsverträgen unterscheiden können.¹⁴ Falls diese Unterschiede zu unterschied-

¹³ EU-KOMMISSION, a. a. O.

¹⁴ U. a. HAGEN, T.: Do Temporary Workers Receive Risk Premiums? Assessing the Wage Effects of Fixed-term Contracts in West Germany by a Matching Estimator Compared with Parametric Approaches. *LABOUR: Review of Labour Economics and Industrial Relations* 16 (4), 2002, pp. 667-705.

Kasten:

Das bivariate Probit-Modell unter Berücksichtigung der Selektionsverzerrung

Mit Hilfe von Probit-Modellen wird die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines bestimmten Ereignisses, z. B. der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung, geschätzt. Bei der Schätzung der Weiterbildungswahrscheinlichkeit können systematische Unterschiede zwischen befristet und unbefristet Beschäftigten dazu führen, daß das Ergebnis verzerrt wird. Eine solche Selektionsverzerrung kann berücksichtigt werden, indem die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung und die Wahrscheinlichkeit einer befristeten Beschäftigung simultan geschätzt werden. Das hier verwendete Zweigleichungsmodell wird als rekursiv bezeichnet, da die Befristung als erklärende Variable in die Schätzung der Wahrscheinlichkeit einer beruflichen Weiterbildung eingeht.^a

$$y_{1i}^* = x_{1i}'\beta_1 + y_{2i}'\gamma + \varepsilon_{1i} \quad \text{mit} \quad y_{1i} = \begin{cases} 1 & \text{wenn } y_{1i}^* > 0 \\ 0 & \text{sonst} \end{cases}$$
$$y_{2i}^* = x_{2i}'\beta_2 + \varepsilon_{2i} \quad \text{mit} \quad y_{2i} = \begin{cases} 1 & \text{wenn } y_{2i}^* > 0 \\ 0 & \text{sonst} \end{cases}.$$

Die Weiterbildungswahrscheinlichkeit y_{1i}^* wird determiniert durch persönliche sowie beschäftigungs- und firmenspezifische Merkmale, die im Vektor x_{1i} zusammengefaßt werden, beeinflußt. Als zusätzliche Determinante wird die Befristungswahrscheinlichkeit y_{2i} in die erste Gleichung aufgenommen. Die Befristungswahrscheinlichkeit selbst wird ebenfalls durch persönliche sowie beschäftigungs- und firmenspezifische Charakteristika beeinflußt (x_{2i}).

Für die Fehlerterme beider Gleichungen gelten folgende Annahmen:

$$E(\varepsilon_1 | x_{1i}, x_{2i}) = E(\varepsilon_2 | x_{1i}, x_{2i}) = 0$$
$$\text{Var}(\varepsilon_1 | x_{1i}, x_{2i}) = \text{Var}(\varepsilon_2 | x_{1i}, x_{2i}) = 1$$
$$\text{Cov}(\varepsilon_{1i}, \varepsilon_{2i} | x_{1i}, x_{2i}) = \rho.$$

Wenn die Fehlerterme der beiden Gleichungen ε_{1i} und ε_{2i} unkorreliert sind, d. h. $\rho = 0$, könnten beide Gleichungen getrennt voneinander geschätzt werden. Wenn jedoch $\rho \neq 0$ gilt, wären die Ergebnisse einer getrennten Schätzung verzerrt. Durch die simultane Schätzung beider Gleichungen kann für diese Selektionsverzerrung kontrolliert werden.

^a Vgl. VELLA, F.; VERBEEK, M.: Estimating and Interpreting Models with Endogenous Treatment Effects. Journal of Business & Economic Statistics 17, 2003, pp. 473-478, bzw. MADDALA, G. S.: Limited-Dependent and Qualitative Variables in Econometrics. Cambridge University Press, Cambridge 1983.

lichen Wahrscheinlichkeiten der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung führen, muß bei der Schätzung eine potentielle Selektionsverzerrung beachtet werden. In der Studie wird dafür ein bivariates Probit-Modell unter Berücksichtigung der Selektionsverzerrung verwendet (siehe Kasten).

Datenbasis

Für die Analyse des Effekts von befristeten Beschäftigungsverhältnissen auf Investitionen in berufliche Weiterbildung Geringqualifizierter werden Daten der Welle 2004 des Mikrozensus verwendet. Dieser Datensatz hat den Vorteil, daß aufgrund seiner Größe ausreichend hohe Fallzahlen auch für potentiell kleinere Gruppen wie befristet Beschäftigte und Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung vorhanden sind.

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Er basiert auf der Befragung einer 1%-Stichprobe aller Haushalte in Deutschland durch die Statistischen Landesämter.¹⁵ Er umfaßt demographische Angaben zu jeder Person im befragten Haushalt, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Personen und des Haushalts. Neben Fragen über die Arbeitsmarkteteiligung werden Angaben über die Qualifikation sowie Weiterbildungsaktivitäten erfaßt.

¹⁵ Rechtsgrundlage ist das Mikrozensusgesetz vom 17.1.1996 in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987. Die Teilnahme an der Befragung ist für alle Mitglieder der ausgewählten Haushalte obligatorisch.

Aus den Mikrozensus-Daten werden alle Personen ausgewählt, die befristet oder unbefristet abhängig beschäftigt sind und sich nicht in einer beruflichen (Erst-)Ausbildung befinden. Ausgeschlossen werden also alle Selbständigen, Auszubildenden und Erwerbslosen. Da der Fokus der Studie auf der Analyse der Weiterbildungsteilnahme geringqualifizierter Personen liegt, wird die Stichprobe auf Personen in geringqualifizierten Tätigkeiten beschränkt. Dazu gehören insbesondere Beschäftigte in einfachen Agrarberufen, einfachen manuellen Berufen, einfachen Dienstleistungs- sowie einfachen Verwaltungsberufen.¹⁶

Personen, die älter als 50 sind, werden bei der Analyse nicht berücksichtigt. Damit wird zum einen den mit dem Alter abnehmenden Weiterbildungsaktivitäten, die unabhängig vom Qualifikationsniveau zu beobachten sind, Rechnung getragen.¹⁷ Zum anderen sollen dadurch Sondereffekte, z. B. durch gesetzliche Regelungen zur Altersteilzeit, ausgeschlossen werden.

Deskriptive Analyse der Stichprobe

In Tabelle 1 werden Informationen zur Stichprobe der geringqualifiziert Beschäftigten dargestellt. Insgesamt haben ca. 8% dieser Personen einen befristeten Arbeitsvertrag, etwa 6% haben an beruflicher Weiterbildung teilgenommen. Unter den befristet Beschäftigten liegt der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer bei 7%.

Unter Berücksichtigung beschäftigungsspezifischer Merkmale verändern sich diese Anteile zum Teil deutlich. Der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer bei geringfügig und Teilzeitbeschäftigten ist mit jeweils 5% niedriger als im Durchschnitt, der Anteil der Befristungen in beiden Gruppen mit 11% bzw. 10% dagegen relativ hoch. Ein deutlicher Unterschied in der Weiterbildungsbeteiligung befristet Beschäftigter ist zwischen einfachen

Agrar- und manuellen Berufen (5%) und einfachen Dienstleistungs- und Verwaltungsberufen (8%) zu beobachten. Der Anteil der Personen, die an Weiterbildung teilnehmen, ist bei Beschäftigten, die Überstunden leisten, fast doppelt so groß wie bei Beschäftigten ohne Überstunden (11% vs. 6%).

Bei der Betrachtung der formalen Qualifikation der Personen in geringqualifizierten Tätigkeiten wird deutlich, daß in dieser Gruppe überwiegend formal un- bzw. geringqualifizierte, jedoch auch höherqualifizierte Personen zu finden sind. Den weitaus größten Anteil bilden mit 68% Personen mit abgeschlossener Lehre, gefolgt von 26% ohne formalen Berufsabschluß. Der Anteil der Personen mit Meister-/Technikerausbildung bzw. FH-/Uniabschluß liegt bei insgesamt 6%. Relativ hohe Anteile befristet Beschäftigter finden sich in der niedrigsten und der höchsten formalen Qualifikationsstufe: 11% bei Beschäftigten ohne Berufsabschluß, 10% bei solchen mit FH-/Uniabschluß. Der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer steigt mit dem formalen Qualifikationsniveau von 3% auf 17%.

Aus den Ergebnissen der deskriptiven Analyse geht hervor, daß für die Schätzung des Befristungseffekts auf die Weiterbildungswahrscheinlichkeit die Berücksichtigung persönlicher sowie beschäftigungs- und firmenspezifischer Merkmale notwendig ist.

Einflussfaktoren auf Weiterbildungsteilnahme und befristete Beschäftigung

Im verwendeten Modell liegen die beiden abhängigen Variablen „Weiterbildung“ und „Befristung“ in Form von Dummyvariablen vor. Diese nehmen den Wert eins an, wenn eine Person an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat bzw. befristet beschäftigt ist, und sind sonst gleich null. Die Auswahl der erklärenden Variablen orientiert sich daran, ob aus theoretischer Sicht ein Einfluß auf die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung bzw. Befristung erwartet werden kann.¹⁸

¹⁶ Zu den genannten Berufsgruppen zählen z. B. Landarbeitskräfte, Waldarbeiter, Hilfsarbeiter, Bauhelfer, Straßenbauer, Raum- und Gebäudereiniger, Kellner, Telefonisten, Verkäufer und Kassierer. Diese Einteilung basiert auf der Berufsklassifikation von Blossfeld, die üblicherweise für empirische Studien genutzt wird. Vgl. BLOSSFELD, H.-P.: Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß: Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf. Campus-Verlag, 1989.

¹⁷ In einer Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird festgestellt, daß die Weiterbildungsbeteiligung der über 50-Jährigen deutlich geringer ist als die jüngerer Personen. Siehe BMBF: Berichtssystem Weiterbildung IX. Berlin 2005.

¹⁸ Dieses Vorgehen findet sich auch in anderen Studien zu Determinanten beruflicher Weiterbildung u. a. bei GERFIN, M.; LEU, R. E.; NYFFELER, R.: Berufliche Weiterbildung in der Schweiz. Diskussionschriften 03-18, Volkswirtschaftliches Institut. Universität Bern 2003. – PISCHKE, J.-S.: Continuous Training in Germany. Journal of Population Economics 14, 2001, pp. 523-548, oder in Analysen der Determinanten befristeter Beschäftigungsverhältnisse bei GIESECKE, J.; GROSS, M.: Befristete Beschäftigung: Chance oder Risiko? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (1), 2002, S. 85-108.

Tabelle 1:
Deskriptive Statistik geringqualifizierter Personen unter 50

	Anteil an der gesamten Stichprobe	Anteil befristet Beschäftigter	Anteil der Personen mit Weiterbildung	Anteil der Personen mit Weiterbildung an den befristet Beschäftigten
Alle	1,000	0,084	0,062	0,071
Beschäftigungsspezifische Merkmale				
Befristete Beschäftigung	0,084	1,000	0,071	0,071
Unbefristete Beschäftigung	0,916	0,000	0,061	0,000
Vollzeit	0,682	0,077	0,069	0,069
Teilzeit	0,318	0,101	0,048	0,074
Mini-Job	0,146	0,111	0,047	0,063
Einfache Agrar- u. manuelle Berufe	0,350	0,085	0,055	0,049
Einfache Dienstleistungs- und Verwaltungsberufe	0,650	0,084	0,066	0,083
Überstunden	0,099	0,071	0,110	0,094
Keine Überstunden	0,901	0,086	0,057	0,069
Betriebszugehörigkeit bis 5 Jahre	0,454	0,117	0,064	0,069
Betriebszugehörigkeit 6 bis 10 Jahre	0,186	0,012	0,053	0,089
Betriebszugehörigkeit > 10 Jahre	0,275	0,007	0,067	0,081
Persönliche Merkmale				
Alter: bis 35 Jahre	0,383	0,126	0,070	0,078
Alter: 36 bis 45 Jahre	0,432	0,061	0,061	0,054
Alter: 46 bis 50 Jahre	0,185	0,052	0,050	0,085
Geschlecht: männlich	0,521	0,087	0,071	0,075
Geschlecht: weiblich	0,479	0,082	0,053	0,066
Ausländische Staatsbürgerschaft	0,105	0,113	0,036	0,051
Deutsche Staatsbürgerschaft	0,895	0,081	0,065	0,074
Ostdeutschland	0,190	0,105	0,061	0,074
Westdeutschland	0,810	0,080	0,063	0,070
Kein Berufsabschluß	0,259	0,110	0,034	0,038
Berufausbildung	0,680	0,073	0,065	0,086
Meister/Techniker/Uni/FH	0,061	0,093	0,167	0,143
Firmenspezifische Merkmale				
Land- und Forstwirtschaft	0,033	0,145	0,066	0,053
Produzierendes Gewerbe	0,357	0,067	0,062	0,066
Dienstleistungen	0,610	0,092	0,062	0,074
Firmengröße < 50 MA	0,512	0,088	0,055	0,061
Firmengröße >= 50 MA	0,488	0,082	0,070	0,084

Stichprobengröße: 19 693 Personen.

Quellen: Mikrozensus, Welle 2004; Berechnungen des IWH.

Effekt beschäftigungsspezifischer Merkmale

In der Analyse wird festgestellt, daß für die Gruppe der geringqualifiziert Beschäftigten neben beschäftigungsspezifischen Merkmalen persönliche und firmenspezifische Charakteristika eine Rolle spielen (siehe Tabelle 2). Die Wirkungsrichtung der Determinanten entspricht weitgehend den Ergebnissen früherer Studien zur Weiterbildungsbetei-

gung aller Beschäftigten.¹⁹ Eine Ausnahme bildet der Einfluß atypischer Beschäftigungsformen auf

¹⁹ BÜCHEL, F; PANNENBERG, M.: Berufliche Weiterbildung in West- und Ostdeutschland: Teilnehmer, Struktur und individueller Ertrag. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 37 (2), 2004, S. 73-126. – PISCHKE, J.-S., a. a. O. oder WILKENS, I.; LEBER, U.: Partizipation an beruflicher Weiterbildung – Empirische Ergebnisse auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 36 (3), 2003, S. 329-337.

die Weiterbildungswahrscheinlichkeit. Wie aus der Humankapitaltheorie von Becker zu erwarten ist, hat Teilzeitbeschäftigung einen signifikant negativen Einfluß auf Weiterbildungsinvestitionen, weil sich solche Investitionen weniger „auszahlen“. Befristete Beschäftigung hat dagegen keinen signifikanten Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit, an beruflicher Weiterbildung teilzunehmen, was sich mit der Beckerschen Humankapitaltheorie allein nicht erklären läßt. Berücksichtigt man allerdings auch die neueren Theorien, wird deutlich, daß sich gegenläufige Effekte überlagern können: der negative Effekt der geringeren Amortisationszeit und die positive Wirkung von Weiterbildung als Screening- oder Signalling-Instrument sowie der erhöhte Anreiz aufgrund einer gestauchten Lohnstruktur.

Neben der Beschäftigungsform haben die Art der Tätigkeit und das Engagement der Beschäftigten einen signifikanten Einfluß auf die Weiterbildungswahrscheinlichkeit. So nehmen Beschäftigte in einfachen Agrar- und manuellen Berufen gegenüber Beschäftigten in einfachen Dienstleistungs- und Verwaltungsberufen seltener an Weiterbildung teil, was durch die unterschiedliche Wirkung des technischen Fortschritts auf die Arbeitsbedingungen und den damit einhergehenden Weiterbildungsbedarf erklärt werden kann. Demgegenüber kann die höhere Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten, die Überstunden leisten, – wie die Weiterbildungsteilnahme selbst – als Signal für erhöhte Einsatzbereitschaft gegenüber dem Arbeitgeber interpretiert werden.

Auswirkungen persönlicher und firmenspezifischer Merkmale

Von den berücksichtigten persönlichen Merkmalen beeinflussen das Alter, das Geschlecht sowie die Staatsbürgerschaft die Weiterbildungswahrscheinlichkeit. Der Einfluß des Alters ist positiv, nimmt jedoch mit zunehmendem Alter ab. Darin spiegeln sich verschiedene Effekte wider: Einerseits sinkt der Anreiz für Weiterbildungsinvestitionen aufgrund der kürzer werdenden Amortisationszeit. Auf der anderen Seite steigt der Anteil unbefristet Beschäftigter mit zunehmendem Alter, was unter anderem mit der Arbeitsmarktregulierung zusammenhängt. Aufgrund der damit verbundenen durchschnittlich längeren Betriebszugehörigkeit ist die Unsicherheit über Weiterbildungserträge geringer. Dieser Zusammenhang wird auch in dem signifikant negativen Einfluß des Alters auf die Befristungswahrscheinlichkeit deutlich.

Tabelle 2:
Probit-Analyse der Weiterbildungs- und Befristungswahrscheinlichkeit
- geringqualifizierte Personen unter 50 -

	Weiterbildung	befristete Beschäftigung
Befristete Beschäftigung	0,042 (0,199)	- -
Teilzeit	-0,106** (0,047)	0,083* (0,047)
Mini-Job	-0,039 (0,057)	-0,239*** (0,051)
Überstunden	0,288*** (0,043)	- -
Einfache Agrar- und manuelle Berufe	-0,200*** (0,041)	- -
Alter	0,027* (0,015)	-0,059*** (0,014)
Alter (quad.)	-0,001** (0,000)	0,001*** (0,000)
Betriebszugehörigkeit	-0,010 (0,009)	-0,325*** (0,010)
Betriebszugehörigkeit (quad.)	0,000 (0,000)	0,009*** (0,000)
Geschlecht (männlich = 1)	0,099*** (0,035)	0,093*** (0,036)
Staatsbürgerschaft (ausländisch =1)	-0,292*** (0,057)	0,049 (0,049)
Region (Ost = 1)	-0,042 (0,038)	0,222*** (0,040)
Kein Berufsabschluß (Referenz: Berufsausb.)	- -	0,125*** (0,039)
Meister/Techniker/FH/Uni (Referenz: Berufsausb.)	- -	0,079 (0,068)
Firmengröße bis 50 Mitarbeiter	-0,108*** (0,032)	-0,258*** (0,033)
Dienstleistungen (Referenz: Produzierendes Gewerbe)	-0,023 (0,039)	0,042 (0,037)
Land- und Forstwirtschaft (Referenz: Produzierendes Gewerbe)	0,113 (0,086)	0,452*** (0,082)
Konstante	-1,679*** (0,273)	0,576** (0,235)
$\hat{\rho}$	0,015 (0,111)	
Anzahl Beobachtungen	1 8 272	
log Likelihood	-8 162,582	
Wald χ^2 -Test	1 673,43***	

***, **, *: signifikant auf dem 1%-, 5%- bzw. 10%-Niveau; Standardfehler in Klammern.

Quellen: Mikrozensus, Welle 2004; Berechnung des IWH.

Frauen haben eine signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit, an beruflicher Weiterbildung teilzunehmen. Die geringere Befristungswahrscheinlichkeit von Frauen könnte mit der geschlechtsspezifischen Berufsstruktur und der daraus resultierenden sektoralen Verteilung von Männern und Frauen zusammenhängen.²⁰ Dafür spricht auch der signifikant positive Einfluß des Sektors Land- und Forstwirtschaft, in dem überwiegend Männer beschäftigt sind.

Die geringere Weiterbildungswahrscheinlichkeit ausländischer Beschäftigter kann einerseits mit dem erschwerten Zugang zu beruflicher Weiterbildung, z. B. durch Sprachbarrieren, fehlende Informationen oder Diskriminierung, erklärt werden. Andererseits könnte eine erwartete Rückkehr ins Heimatland die Motivation zu Humankapitalinvestitionen verringern.²¹ Die höhere Befristungswahrscheinlichkeit ostdeutscher Beschäftigter spiegelt die flexibleren Arbeitsmarktbedingungen in dieser Region wider.²² Ebenfalls eine signifikant höhere Befristungswahrscheinlichkeit haben Personen ohne Berufsabschluß im Vergleich zu Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung, was die besonders prekäre Beschäftigungslage formal unqualifizierter Personen unterstreicht.

Eine mögliche Erklärung für die höheren Weiterbildungsaktivitäten von Beschäftigten in größeren Betrieben liegt in den erzielbaren Skaleneffekten der Bereitstellung von Weiterbildung.²³ Der Wirtschaftszweig, in dem geringqualifizierte Personen beschäftigt sind, hat keinen Einfluß auf ihre Weiterbildungsbeteiligung, aber auf die Befristungswahrscheinlichkeit. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft haben häufiger einen befristeten Arbeitsvertrag als Beschäftigte im produzierenden Gewerbe.

²⁰ Aus dem Mikrozensus geht hervor, daß in der Land- und Forstwirtschaft sowie im produzierenden Gewerbe jeweils ca. 70% der Beschäftigten Männer sind, im Dienstleistungssektor dagegen nur 40%.

²¹ GERFIN, M.; LEU, R. E.; NYFFELER, R., a. a. O.

²² Beispielsweise stellt das IWH in einem Vergleich ost- und westdeutscher Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes deutliche Unterschiede in der Betriebsstruktur und in den Vereinbarungen zu Entlohnung und Arbeitszeit fest. Vgl. LUDWIG, U.; LOOSE, B.: Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes stärkt Anpassung der Industriebetriebe an Geschäftsschwankungen – ein empirischer Ost-West-Vergleich anhand des IAB-Betriebspanels, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2004, S. 325-331.

²³ ZWICK, T.: Continuing Vocational Training Forms and Establishment Productivity in Germany. *German Economic Review* 6 (2), 2005, S. 155-184.

Fazit

Falls Investitionen in berufliche Weiterbildung durch befristete Beschäftigung – wie nach der Humankapitaltheorie von Becker zu vermuten – negativ beeinflusst werden, hätte das für geringqualifizierte Personen besonders negative Auswirkungen, da sich ihre ohnehin problematische Stellung auf dem Arbeitsmarkt langfristig weiter verschlechtern würde. Allerdings wird aus der theoretischen Diskussion deutlich, daß mit einer Befristung nicht unbedingt negative Investitionsanreize verbunden sein müssen.

Die mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen verbundene Flexibilisierung des Arbeitsmarktes könnte zwar einerseits zu einer Benachteiligung geringqualifizierter Personen führen, andererseits aber auch eine Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe darstellen. Diese Chance besteht jedoch nur dann, wenn Weiterbildung als Mittel zur langfristigen Veränderung der eigenen Arbeitsmarktposition nicht gleichzeitig behindert wird. Die Studie kann für geringqualifizierte Beschäftigte keinen signifikanten Einfluß der Befristung auf die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nachweisen. Geringqualifizierte Beschäftigte, die befristet beschäftigt sind, scheinen diesbezüglich also keinen systematischen Nachteil gegenüber unbefristet Beschäftigten zu haben. Eine andere Form atypischer Beschäftigung – Teilzeitbeschäftigung – verringert dagegen die Weiterbildungsbeteiligung. Dies kann insbesondere dann zum Problem werden, wenn Personen mangels Alternativen teilzeitbeschäftigt sind und ausbleibende Humankapitalinvestitionen zu geringeren beruflichen Aufstiegschancen führen. Weitere Forschung sollte sich daher mit den Auswirkungen anderer atypischer Beschäftigungsformen – wie Teilzeitbeschäftigung auf Investitionen in berufliche Weiterbildung befassen. Auch hier ist bedeutsam, von wem solche Investitionen ausgehen, also ob ein Investitionshemmnis von der Arbeitnehmer- oder der Arbeitgeberseite besteht.

Eva Reinowski
(*Eva.Reinowski@iwh-halle.de*)
Jan Sauermann
(*Jan.Sauermann@iwh-halle.de*)

IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2007: Auftriebskräfte behalten die Oberhand

Das Jahr 2006 war für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland äußerst erfolgreich. Das belegen Daten der amtlichen Statistik²⁴ und das bestätigen die Ergebnisse der IWH-Umfragen im vergangenen Jahr zur Geschäftslage und zu den Geschäftsaussichten.

Umsatzerwartungen deutlich übertroffen

Aber nicht nur ein gutes Geschäftsklima kann für 2006 angezeigt werden. Reichlich zwei Drittel der befragten Unternehmen konnten im abgelaufenen Jahr Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr verbuchen, unter den Exportunternehmen sogar drei Viertel. In jedem zehnten Unternehmen blieb der Umsatz unverändert und nur 21% mußten Einbußen hinnehmen (vgl. Tabelle 2). Von den Konsumgüterproduzenten war ein Drittel mit Umsatzrückgängen konfrontiert. In diesen Entwicklungen spiegelt sich das derzeitige Konjunkturmuster in Deutschland wider. Während Exportunternehmen und Investitionsgüterproduzenten kräftig zulegten, hinkt der Konsum der Entwicklung hinterher. Vergleicht man die Umsatzerwartungen, wie sie in der Befragung Anfang 2006 geäußert wurden, mit den Angaben, die die Unternehmen zur tatsächlichen Umsatzhöhe 2006 im Januar 2007 per saldo gemacht haben, zeigt sich, daß die Erwartungen vieler Firmen deutlich von der Realität übertroffen wurden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:

Für 2006 erwartete und tatsächlich realisierte Umsatzentwicklung in der ostdeutschen Industrie
- in % der Umsatzpläne von 2006 -

Für 2006 erwartete Umsatzentwicklung	Tatsächliche Umsatzentwicklung 2006		
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	58	6	36
Gleichstand	47	22	31
Abnahme	71	5	24
Insgesamt	58	8	34

Fälle: n = 218. Unternehmen mit Angaben zu den Jahren 2006 und 2007 in den Befragungen Januar 2006 und 2007. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2006 und 2007.

²⁴ Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder wuchs die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 2006 um knapp 12%.

Es gibt eine Verschiebung in Richtung „besser als vorher erwartet“: Nahezu drei Viertel der Unternehmen, die mit Umsatzeinbußen gerechnet hatten, schlossen das Jahr 2006 mit einer Umsatzsteigerung ab, nur bei knapp einem Viertel traf der Rückgang tatsächlich ein. Positiver als erwartet verlief auch die Entwicklung bei den Unternehmen, die mit keinerlei Veränderung gerechnet hatten. Fast die Hälfte von ihnen legte bei den Umsätzen zu. Von den Firmen, die von Umsatzsteigerungen ausgegangen waren, konnten 58% diese auch erzielen, 36% allerdings wurden in ihren Erwartungen enttäuscht.

Umsätze vor allem bei Herstellern von Investitionsgütern kräftig angestiegen

Insgesamt hat sich der Anteil von Unternehmen mit Umsatzsteigerungen im Vergleich zu 2005 um 11 Prozentpunkte erhöht.

Der Anteil von Unternehmen, die ihren Umsatz um mehr als 10% steigern konnten, hat gegenüber der Vorjahresbilanz²⁵ deutlich zugenommen: von 26% aller befragten Unternehmen auf 45%, unter den Exportunternehmen von 29% auf 50%. Vor allem exportierende Unternehmen und Hersteller von Investitionsgütern melden kräftige Zuwächse. Bei den Konsumgüterproduzenten fällt die Gesamtbilanz weniger gut aus, sie gleicht im wesentlichen derjenigen aus dem Vorjahr. Aber auch hier konnte reichlich ein Drittel der Betriebe einen Umsatzanstieg von über 10% erreichen (2005: 12%).

Die Unternehmen in der ostdeutschen Industrie orientieren sich nach wie vor auf das Inland. Die Exportquote lag 2006 bei 24% des Gesamtumsatzes. Für das laufende Jahr ist keine Veränderung dieses Anteils in Sicht.²⁶

Ein Kreuzvergleich der Umsatzerwartungen aus den Umfragen jeweils zu Jahresbeginn 2006 und 2007 zeigt, daß die Auftriebskräfte weiter die Oberhand haben. Von denjenigen Unternehmen, die Anfang 2006 von einer Umsatzsteigerung ausgingen, erwarten dies reichlich zwei Drittel auch zu Be-

²⁵ Vgl. WÖRSDORFER, S.: IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2006: Umsatzprognose auch 2006 ohne Beschäftigungseffekte, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2006, S. 102.

²⁶ Bei einer zweistelligen Zuwachsrate der Industrieumsätze und kaum steigender Nachfrage in Ostdeutschland impliziert dies kräftige regionale Exporte nach Westdeutschland.

Tabelle 2:

Umsatzentwicklung 2006 und Umsatzerwartungen für 2007 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -

	Zunahme				Gleich- stand	Abnahme				Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 10 %	5 bis 10 %	bis 5 %	Ins- gesamt		Ins- gesamt	bis 5 %	5 bis 10 %	über 10 %	
<i>Umsatzentwicklung 2006 gegenüber 2005</i>										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	45	11	12	68	11	21	3	8	10	47
<i>darunter: Exportunternehmen</i>	50	11	12	73	8	19	3	7	9	54
Vorleistungsgütergewerbe	46	14	14	74	8	18	3	6	9	56
Investitionsgütergewerbe	53	9	9	71	14	15	2	6	7	56
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	34	8	14	56	10	34	5	13	16	22
<i>Umsatzerwartungen 2007 gegenüber 2006</i>										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	22	24	19	65	19	16	6	4	6	49
<i>darunter: Exportunternehmen</i>	25	27	22	74	13	13	5	3	5	61
Vorleistungsgütergewerbe	26	27	22	75	11	14	3	4	7	61
Investitionsgütergewerbe	22	25	12	59	26	15	9	2	4	44
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	17	18	23	58	22	20	8	5	7	38

Fälle: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: n = 276 zur Umsatzentwicklung, n = 261 zu Umsatzerwartungen, Exportunternehmen: n = 172 zur Umsatzentwicklung, n = 164 zu Umsatzerwartungen. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage Januar 2007.

ginn dieses Jahres wieder und nur 15% rechnen mit Einbußen. Und mehr als die Hälfte der Unternehmen, die für das abgelaufene Jahr mit Umsatzrückgängen gerechnet hatten, ist davon überzeugt, 2007 einen Zuwachs zu erzielen. Betrachtet man statt der geäußerten Erwartungen die tatsächlichen Umsätze des vergangenen Jahres, so wird der Eindruck der positiven Stimmung bestätigt: 72% der Unternehmen, die ihren Umsatz 2006 steigern konnten, erwarten dies auch für 2007 (von den Exportunternehmen sogar 78%), nur knapp jedes fünfte Unternehmen rechnet mit einem Umsatzrückgang. Von den Unternehmen mit gleichbleibender Umsatzhöhe gehen knapp drei Viertel davon aus, daß ihre Umsatzlage sich auch dieses Jahr nicht verändert, jedes fünfte rechnet mit einem Zuwachs. Und zwei Drittel der Unternehmen, die 2006 Verluste hinnehmen mußten, gehen von Umsatzsteigerungen in diesem Jahr aus. Die Umsatzentwicklung sagt aber noch nichts darüber aus, ob das Unternehmen schwarze Zahlen schreibt.

Ertragslage 2006 knüpft an gute Vorjahresbilanz an

Der konjunkturelle Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe spiegelt sich auch in der erneut guten Ertragslage der befragten Industrieunternehmen wider. Der Anteil von Unternehmen, die Gewinne schrieben, stieg geringfügig an, von 62% im Jahr 2005 auf 64% im Jahr 2006. Der Anteil von Fir-

men, die Verluste hinnehmen mußten, verringerte sich im gleichen Zeitraum von 19% auf 12%. Die Gruppe der Unternehmen in der Gewinnzone ist dabei ziemlich stabil, wie Tabelle 3 zeigt.

Tabelle 3:
Veränderung der Ertragssituation 2006 gg. 2005 im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
- in % der Unternehmen gemäß der Ertragslage 2005 -

Ertragslage 2005	Ertragslage 2006		
	Gewinn	Kostendeckung	Verlust
Gewinn	90	7	3
Kostendeckung	25	62	13
Verlust	20	38	42
Insgesamt	65	23	12

Fälle: n = 290. Unternehmen mit Angaben zu 2005 und 2006. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2007.

Neun von zehn Unternehmen, die 2005 Gewinne realisieren konnten, erreichten das auch im vergangenen Jahr wieder. Über die Hälfte der Firmen, die 2005 Verluste erwirtschafteten, verbesserte ihre Ertragslage, jedes fünfte Unternehmen aus dieser Gruppe wechselte sogar in die Gewinnzone. Wie bereits in den vergangenen Jahren befindet sich ein besonders hoher Anteil an erfolgreichen Unternehmen unter den Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten. 85% von ihnen verbuchten im abgelaufenen Jahr Gewinne (2004: 85%,

Tabelle 4:
Beschäftigungspläne der ostdeutschen Industrieunternehmen für das Jahr 2007
- in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -

	Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung 2007 gegenüber 2006			
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme	Saldo
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	37	53	10	27
<i>darunter:</i> <i>Exportunternehmen</i>	45	47	8	37
<i>Fachliche Hauptgruppen:</i>				
Vorleistungsgütergewerbe	34	56	10	24
Investitionsgütergewerbe	47	45	8	39
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	32	57	11	21
<i>Größengruppen:</i>				
1 – 49 Beschäftigte	31	60	9	22
50 – 249 Beschäftigte	40	50	10	30
250 und mehr Beschäftigte	50	37	13	37

Fälle: n = 297. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2007.

2005: 82%). Differenziert nach fachlichen Hauptgruppen bestätigt sich das Gesamtbild; auch die Exportunternehmen weichen in ihrer Ertragslage nicht wesentlich davon ab.

Beschäftigungspläne für 2007 mit geringen Zuwächsen

Die Mehrheit der befragten Industrieunternehmen sieht für 2007 keine Veränderung des Personalbestandes vor (vgl. Tabelle 4). Aber im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil von Betrieben mit Aufstockungsabsichten beim Personal insgesamt leicht angestiegen: von 30% im Jahr 2006 auf 37%. Überdurchschnittlich häufig planen dies exportierende Unternehmen und Hersteller von Investitionsgütern. Unter den Investitionsgüterproduzenten ist die Gruppe von Unternehmen mit Beschäftigungsaufbau sogar größer als die Gruppe, die weiterhin mit dem vorhandenen Personal auskommen will.

Tabelle 5:
Umsatzpläne und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
- in % der Unternehmen gemäß der Umsatzpläne 2007 -

Umsatzpläne 2007 gg. 2006	Beschäftigungspläne 2007 gg. 2006		
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	49	44	7
Gleichstand	24	66	10
Abnahme	20	58	22
Insgesamt	39	51	10

Fälle: n = 254. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2007.

Differenziert man nach der Größe der Unternehmen, so ist ein positiver Beschäftigungseffekt vor allem bei den Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten zu erwarten. Die Veränderung der Mitarbeiterzahl bewegt sich mehrheitlich zwischen fünf Entlassungen und zehn Neueinstellungen, inklusive unveränderter Beschäftigtenzahlen sind damit rund 90% der Unternehmenspläne zur Beschäftigungsentwicklung wiedergegeben. Insgesamt reicht die Spannweite von 184 neuen Stellen bis zum Wegfall von 100 Arbeitsplätzen.

Die Umsatzerwartungen der Unternehmen und ihre jeweilige Beschäftigungspläne hängen signifikant zusammen (vgl. Tabelle 5). Unternehmen, die für das laufende Jahr keine Umsatzrückgänge erwarten, reduzieren ihren Personalbestand seltener als Unternehmen, die mit Umsatzeinbußen rechnen. Knapp die Hälfte der Unternehmen, die mit steigenden Umsätzen rechnen, will auch den Personalbestand aufstocken²⁷. Von den Unternehmen, die mit gleichen Umsätzen wie im Vorjahr rechnen, plant das jedes vierte Unternehmen. Selbst jedes fünfte Unternehmen, das von Umsatzeinbußen ausgeht, vermeldet, daß es dennoch neue Stellen schaffen will, und 58% aus dieser Gruppe möchten den vorhandenen Personalbestand beibehalten.

Die Umsätze haben im Jahr 2006 die Erwartungen übertroffen, inwieweit spiegelt sich das in der Beschäftigungsentwicklung wider? Vergleicht man die Beschäftigtenzahlen der Unternehmen vom

²⁷ Abweichungen gegenüber den Angaben in Tabelle 4 ergeben sich aufgrund eines unterschiedlichen Stichprobenumfanges (siehe Fallzahlen).

November 2006 mit denen, die im Januar 2006 als Zielgröße für das Jahresende angegeben wurden, so ist es bei der Hälfte der Firmen besser gelaufen als erwartet. Sie hatten am Jahresende mehr Personal als ursprünglich beabsichtigt. Knapp jedes fünfte

Unternehmen erreichte die anvisierte Beschäftigtenzahl, 31% konnten sie aber nicht realisieren.

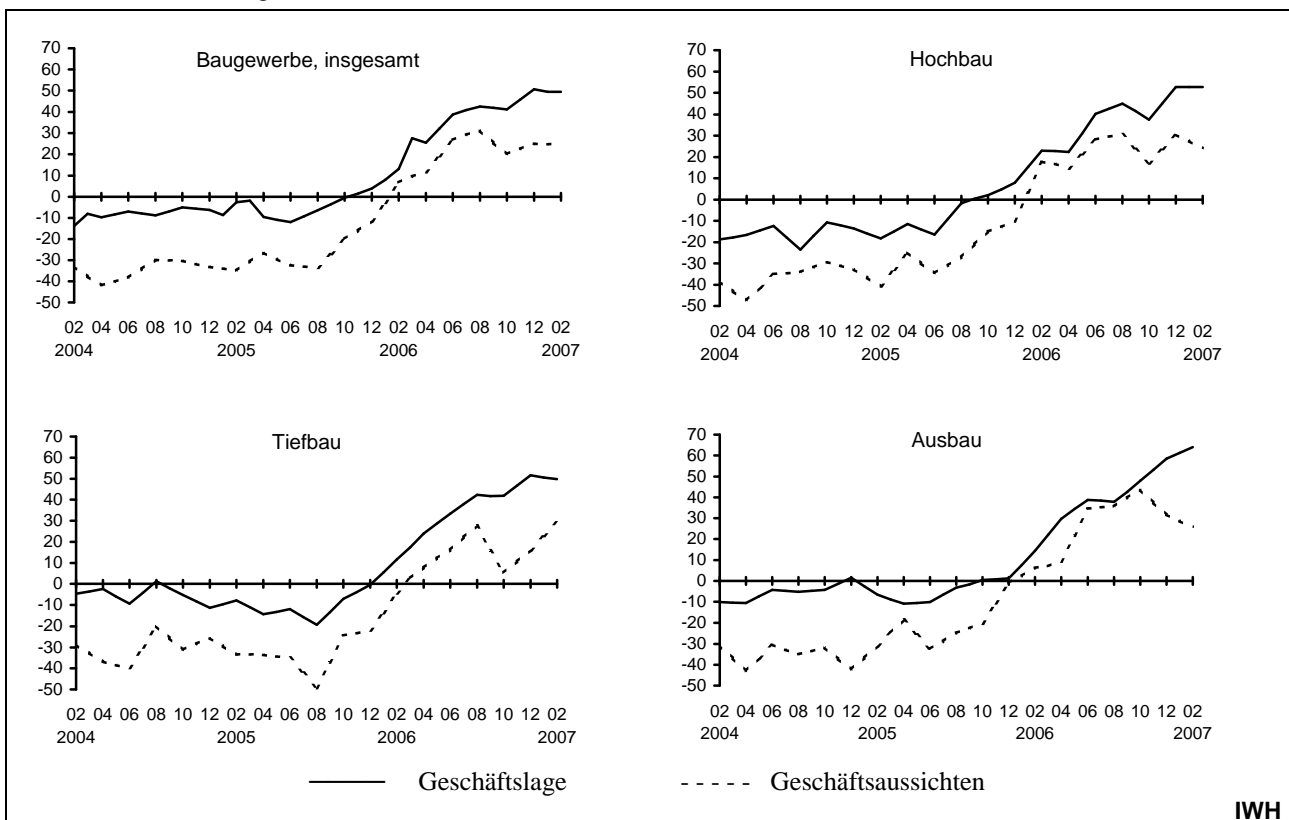
Cornelia Lang
Cornelia.Lang@iw-halle.de

Ostdeutsches Baugewerbe im Februar 2007: Geschäftsklima weiterhin gut

Die vom IWH regelmäßig befragten 300 ostdeutschen Bauunternehmen meldeten im Februar 2007 eine Verschlechterung der Geschäftslage gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Dezember, die Geschäftsaussichten bis in den Frühsommer 2007 werden dagegen mehrheitlich wieder etwas günstiger als zuvor beurteilt (vgl. Tabelle). Unter Ausschluß der Saisoneffekte ergibt sich für beide Stimmungskomponenten jedoch eine Stagnation auf dem im Dezember erreichten Niveau (vgl. Abbildung). Der Winter fällt im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren ausgesprochen mild aus und erlaubt, die aus Engpässen heraus nicht fertige-

stellten Projekte aus dem Vorjahr zu beenden. Solche Vorhaben waren wegen des Wegfalls der Eigenheimzulage und zur Mitnahme der niedrigen Mehrwertsteuersätze im vergangenen Jahr vermehrt in Auftrag gegeben worden und wurden bis zuletzt ausgeführt. Das zeigen auch die im vergangenen Jahr geleisteten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes. Die Aussichten für das Frühjahr und den Frühsommer schätzten die Unternehmen in den zurückliegenden Befragungen wegen der dann fehlenden Bauvorhaben etwas weniger günstig ein. Die derzeit unveränderten Aussichten deuten nun darauf hin, daß diese Einschätzung auch bis

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Baumfragen.

zum Hochsommer Gültigkeit behalten wird. Eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftslage erwarten die Unternehmen im Durchschnitt für die nahe Zukunft aber nicht.

In den Sparten stellt sich die Situation allerdings unterschiedlich dar. Im *Hochbau* werden angesichts kaum vorhandener witterungsbedingter Behinderungen noch anstehende Bauaufträge zügig abgearbeitet. Die Geschäftslage verharrt auf dem Niveau vom Jahresende. Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate werden von den Unternehmen aber nicht mehr so gut bewertet wie zuvor. Die Genehmigungen im Wohnungsbau sind bereits seit dem 2. Quartal 2006 erheblich zurückgegangen, die Auftragseingänge sind seit Oktober vergangenen Jahres rückläufig. Zwar dürften zunächst im Hochbau vor allem noch Anregungen von gewerblichen Auftraggebern ausgehen, wie die Auftragseingänge signalisieren, und die Ausfälle aus dem Wohnungsbau zum Teil ausgleichen.

Die inzwischen rückläufigen Baugenehmigungen für Hochbauten insgesamt zeigen aber, daß sich diese Tendenz so nicht fortsetzt.

Die zeitlich nachgelagerten *Ausbauarbeiten* im Neubau als auch die Modernisierungsaktivitäten laufen laut Umfrage immer noch auf vollen Touren. Die Geschäftslage wird von den Ausbauunternehmen nochmals deutlich besser bewertet als im Dezember des vergangenen Jahres. Die Aussichten fallen jedoch wieder ab. Die Unternehmen rechnen nun wohl auch hier mit Entzugseffekten, die den vorgezogenen Baumaßnahmen folgen.

Im *Tiefbau* stagniert die Geschäftslage in etwa auf dem Niveau vom Dezember, die Geschäftsaussichten bis zum Sommer hellen sich aber wieder auf. Die Ordertätigkeit hat sich zuletzt vor allem im Straßenbau wieder etwas freundlicher gestaltet.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Februar 2007
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Feb. 06	Dez. 06	Feb. 07	Feb. 06	Dez. 06	Feb. 07	Feb. 06	Dez. 06	Feb. 07	Feb. 06	Dez. 06	Feb. 07	Feb. 06	Dez. 06	Feb. 07
- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -															
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	11	34	19	30	46	38	45	16	34	15	5	8	-19	59	15
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	7	29	15	31	50	40	47	17	37	15	4	8	-23	57	9
darunter ^b															
Hochbau	8	35	19	32	44	37	46	18	36	15	4	9	-20	57	11
Tiefbau	5	22	10	31	60	44	49	15	38	15	4	8	-27	64	9
Ausbaugewerbe	19	48	34	25	35	34	40	12	24	16	6	8	-12	65	37
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	8	42	23	23	40	34	45	11	33	24	7	11	-38	64	14
20 bis 99 Beschäftigte	10	29	20	34	48	43	44	18	29	12	5	9	-12	54	24
100 und mehr Beschäftigte	15	31	15	33	51	35	46	17	47	6	0	3	-3	66	0
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	8	16	16	43	33	45	40	43	33	9	8	6	2	-2	21
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	12	13	44	34	47	44	46	35	7	8	5	-1	-8	20
darunter ^b															
Hochbau	6	14	16	51	37	46	37	44	34	7	5	4	13	2	23
Tiefbau	5	10	9	37	30	52	51	52	33	7	9	6	-16	-20	22
Ausbaugewerbe	17	30	26	38	28	37	32	34	28	14	8	9	10	16	26
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	8	18	16	38	27	39	42	46	36	11	10	9	-7	-11	10
20 bis 99 Beschäftigte	9	15	17	44	33	45	37	45	31	9	8	7	7	-6	23
100 und mehr Beschäftigte	6	17	15	49	43	53	42	34	32	3	6	0	9	20	35

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. - ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

5. Workshop „Monetary and Financial Economics“

Das IWH organisiert gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie dem Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank den Workshop „Monetary and Financial Economics“. Die Veranstaltung findet in Eltville am 21. und 22. Juni 2007 nunmehr in fünfter Auflage statt. Der Workshop bietet ein Forum für Nachwuchswissenschaftler, eigene Forschungsarbeiten aus allen Bereichen der monetären Ökonomie einem kompetenten Auditorium zur Diskussion zu stellen.

Durchgeführte Veranstaltungen:

Tagung „Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?“

Das IWH veranstaltete gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am 16. und 17. März 2007 eine Tagung zum Thema „Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?“. Während der Tagung wurde einerseits eine Bilanz des wirtschaftlichen Einigungsprozesses gezogen und andererseits mögliche wirtschaftspolitische Alternative der Zukunft insbesondere unter den Aspekten des Strukturwandels, der demographischen Entwicklung und des Arbeitsmarktes diskutiert. An der Tagung nahmen renommierte Vertreter aus Wissenschaft und Politik teil. Einen Höhepunkt der Tagung bildete die Freitag-Abend-Podiumsdiskussion mit Prof. Richard Schröder von der Humboldt-Universität Berlin, dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf sowie Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a. D., unter der Moderation des Direktors der Akademie Prof. Oberreuter.

Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veranstaltete gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig (HHL) am 8. und 9. März 2007 die Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“ Das Ziel der Konferenz war es, ausgewiesene Experten aus Theorie und Praxis zusammenzuführen, um aus der Regulierung resultierende Risiken auszuloten.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).